

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales
des Gemeinderats
vom 29. November 2011

öffentlich

§ 369

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2012 für den
Fachbereich Bildung und Soziales

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in § 376 der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 30. November 2011 aufgeführt.

Erster Bürgermeister Czisch verweist auf die Änderungsliste zum Stellenplan 2012 (GD 906/11) sowie die Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2012 (GD 904/11). Der Ergebnishaushalt verbessere sich um 3,5 Mio. €, welches zu einer Schuldenreduzierung von 4 Mio. € führe.

Der Finanzplan beinhalte alle bekannten Themen, einschließlich der Grundstücksverkäufe an den Sedelhöfen und den Straßenbahnausbau. Für das Ende des Finanzplanungszeitraums werde mit einem konstanten Schuldenstand gerechnet.

Die Steuerschätzungen halte er für zu optimistisch und es müsse abgewartet werden, wie sich in Ulm die wirtschaftliche Situation entwickle. Ende November würden die Bücher der Gewerbesteuer geschlossen und das Ergebnis werde voraussichtlich auf dem Nachtragsniveau liegen.

I. Teilergebnishaushalt des Fachbereichs Bildung und Soziales

Abteilung Städtische Kindertageseinrichtungen

Bedeutsam seien die neuen Erkenntnisse zum Pakt für Familien mit Kindern. Dies schaffe viel Aufregung und es sei extrem schwierig, damit nun umzugehen. Dieser Pakt umfasse mehrere Bestandteile, wobei die Finanzierung der Kinderbetreuung ein Schwerpunkt sei. Für den u3-Bereich steigere sich der Landesanteil auf 5,8 Mio. €, welches für Ulm zu einer zusätzlichen Einnahme von 4 Mio. € führe. Das Land gehe von einem Eigenanteil von 32 % aus, bestehend aus Elternbeiträgen und Anteilen der Träger. In Ulm werde der Anteil der Elternbeiträge 2012 bei 15 % liegen und bei der u3-Betreuung steuerten die Träger oft keine Mittel mehr bei. Damit liege Ulm erheblich unter den 32 %.

Fraglich sei nun, wie damit umgegangen werde. Sehr löblich sei die Entscheidung des Landes, im Lichte der Konnexität die Finanzierung der Kleinkindbetreuung deutlich zu verbessern. Dass es sich dabei um Festbeträge handle, müsse eher kritisch gesehen werden und noch offen sei die Einführung des Orientierungsplans. Damit könne die Entwicklung der Ausgaben nicht klar vorhergesagt werden, eben so wenig wie, woher die Erzieherinnen und Erzieher kommen sollten.

Bei der Dreijahresplanung gebe es zudem das Problem, dass es nun landesweit eine Betreuungsquote von etwa 20 % gebe, welche auf 40 bis 50 % in Ulm steigen solle. Wenn der Landesbetrag konstant bleibe, werde der Betrag pro Kind mit der Erhöhung der Betreuungsquote sinken. Spannend sei nun, woher dieses Geld kommen solle.

In Ulm werde das Thema Kleinkindbetreuung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen, wozu erwartet werde, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihren Teil dazu beizutragen hätten, sowohl über die Grunderwerbssteuer, die Neuordnung der Elternbeiträge als auch über die Steuermittel.

Er schlägt vor, die Entwicklung zum Orientierungsplan und andere Einzelheiten abzuwarten und im Frühjahr zu überlegen, was dies für Ulm bedeuten könne.

Stadträtin Kühne (SPD) freut sich über die 4 Mio. € aus dem Pakt für Familien mit Kindern und fände es bedauerlich, wenn mit diesem Geld Schulden reduziert würden.

Nun bekomme Ulm endlich das Geld, welches längst hätte bezahlt werden müssen. Mit einer gewissen Offenheit sollten gemeinsam die vorhandenen Strukturen überprüft werden. Sie bittet Bürgermeisterin Mayer-Dölle um einen Städtevergleich der Elternbeiträge. Ihre Fraktion könne Elternbeiträge von 20 % bis maximal 50 % bei sehr gut verdienenden Eltern vertreten.

Daneben müsse überlegt werden, wie sich das Angebot in der Stadt aufgrund der Finanzierung ändern könne. Es interessiere sie, in welchen Einrichtungen die Kinder betreut würden und wie sich diese zusammensetzten. Mit diesem Wissen könne dann überlegt werden, wo zusätzliche Förderung nötig wäre. Es herrsche ein gewisses Unverständnis über das zähe Vorankommen bei der sprachlichen Förderung.

Aufgrund der Bedeutung der Sprachförderung habe ihre Fraktion auch einen Antrag gestellt, informiert Stadträtin Dr. Graf (CDU), dessen Beantwortung teilweise noch ausstehe. Leider fehlten noch Äußerungen der Verwaltung zur Flexibilisierung der Betreuungsbausteine. Daneben sollte noch über die Qualitätsverbesserung im Personalbereich und die Umsetzung des Orientierungsplans beraten werden.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) gibt Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) Recht, dass vorbeugende Maßnahmen spätere Kosten ersparen. Er vermisse jedoch Ergebnisse, was die bisherigen Bemühungen gebracht hätten, Kinder schulreifer zu machen. Mit zusätzlichem Geld bestünden die Ansprüche, dass sich die Schulfähigkeit verbessere, die Motivation und die Gehälter der Erzieherinnen und der Erzieher stiegen sowie die Zufriedenheit der Eltern. Wenn das Land der Stadt 4 Mio. € für die Kinderbetreuung zur Verfügung stelle, müssten diese auch dafür eingesetzt werden. Die Kindertageseinrichtungen sollten allmählich ausgebaut und die Eltern bei Härtefällen entlastet werden. Bei der Eigenbeteiligung der Eltern stehe Ulm recht gut da.

Stadtrat Eichhorn (FWG) gibt bekannt, dass er die Diskussion um die 4 Mio. € nicht verstehe, da die Stadt für dieses Geld längst in Vorleistung getreten sei. Ihm sei auch nicht klar, weshalb über Kindergartengebühren geredet werde, die erst neu festgelegt worden seien. Mit dem Geld müsse seiner Meinung nach der Ausbau der Kinderbetreuung weiter voran gebracht und Personal besorgt werden.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) spricht beim vorliegenden Haushaltsplan von anderen Vorzeichen als in den vergangenen Jahren. In Millionenhöhe erhalte die Stadt nun Gelder vom Bund und vom Land, dies erwecke den Wunsch, Geld für Planungsraten zur Verfügung zu stellen.

Da sich der Anteil der Kinder aus bildungsfernen Schichten zunehmend erhöhe, werde die u3-Betreuung immer wichtiger und entscheidend dabei sei auch der Elternbeitrag.

Oberbürgermeister Gönner erinnert daran, dass aus dem städtischen Haushalt 20 Mio. € für Kinderbetreuung zur Verfügung stünden. Wenn nun das Land 4 Mio. € mehr zahle, reduziere dies bestenfalls den Zuschuss und es verblieben 16 Mio. €. Diese Vereinbarung zwischen den Kommunen und dem Land gehe von angemessenen Elternbeiträgen in Höhe von 20 % aus.

Ab 1. August 2013 habe die Stadt einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für u3-Jährige zu erfüllen und das ehrgeizige Ziel von Ulm sei, 50 % der Kinder eines Jahrgangs ein Betreuungsangebot zu machen.

Das Land stelle 2012 für die gesamte Bevölkerung einen Betrag von 11 Mio. € für Sprachförderung zur Verfügung. Dieser Ulmer Anteil könne dann den vorhandenen Maßnahmen hinzugefügt werden.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle teilt mit, dass es bei der Kindertagesstättenbetreuung darum gehe, die sehr qualifizierte Planung nochmals sehr genau anzuschauen. Der Ausbau der u3-Betreuung müsse weitergeführt und das Personal verstärkt werden. Für die Flexibilisierung bestehe die Verpflichtung, das Personal sehr unterschiedlich bereit zu stellen, welches mehr

Kosten verursache. Die Deckungsbeiträge und deren Veränderungen würden auf jeden Fall im Auge behalten. Erste Priorität habe momentan der u3-Ausbau, wobei die Qualitätssicherung trotzdem berücksichtigt werde.

Sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Internationalen Ausschuss und dem Fachbereich Bildung und Soziales habe das Thema Sprachförderung gezeigt, dass in Ulm trägerübergreifend ein ganzheitliches Sprachfördersystem angewandt werde. Zur genauen Bewertung fehle eine qualifizierte Dokumentation über den Sprachstand und das soziale Umfeld beim Eintritt in die Kindertageseinrichtung, zudem müsse berücksichtigt werden, dass sich die Kindergartengenerationen unterschieden und das Gesundheitsamt noch keine Zahlen aus den Einschulungsuntersuchungen vorgelegt habe.

Der CDU-Antrag sei qualifiziert beantwortet worden und klar sei, dass dieses Thema weiter verfolgt werde.

Mit dem 2007 begonnenen Turbotempo stehe die Stadt nach vier Jahren im Vergleich zu anderen Kommunen sehr gut da. Nun habe der Ausbau der Betreuungsplätze erste Priorität und alle qualitativen wirkungsorientierten Dinge würden danach realisiert.

Betreuungsgebühren für u3-Jährige, für die die Abteilung Familie, Kinder und Jugendliche den Besuch einer Kindertageseinrichtung empfehle, würden aus Mitteln der Hilfen zur Erziehung bezahlt und bei Kindern aus einkommensschwachen Familien oder Alleinerziehenden bestehe die Möglichkeit, die Gebühren zu reduzieren oder zu erlassen.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) hält fest, der Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales müsse sich im Frühjahr nochmals mit der Sprachförderung, dem Ausbau der u3-Betreuung und den Gebühren beschäftigen.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) vermisst eine Übersicht, wie der Sprachförderbedarf in den Kindertageseinrichtungen der einzelnen Träger ermittelt werde. Er habe festgestellt, dass manche Einrichtungen mit Sprachfördermaßnahmen sehr gut und andere kaum bedacht würden. Ihn interessiere das Beantragungsverfahren.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle schlägt vor, dies im Fachbereichsausschuss zu behandeln. Es bestehe die Möglichkeit für jeden Sozialraum eine Liste der Sprachfördermaßnahmen zu erstellen, jedoch könne davon ausgegangen werden, dass die Einrichtungen je nach Bedarf Fördermaßnahmen erhielten.

Abteilung Familie, Kinder und Jugendliche

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) lässt wissen, dass er hochofret über das Geld des Bundes und der Landesregierung gewesen sei und nun feststellen müsse, dass dieses Geld am Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales vorbei in die Allgemeinen Finanzmittel fließe. Er spricht von einer Knebelung durch die Eckwerte, die vor der Veröffentlichung des Nachtragshaushalts und auch vor Bekanntwerden der Unterstützung von außen festgelegt worden seien. Er würde eine grundsätzliche Diskussion begrüßen, ob der Stadt ein Kreisverkehr oder ein Schulsozialarbeiter mehr bringe und ob die Budgets noch richtig zugeschnitten seien. Langfristig müsse auch darüber nachgedacht werden, welche Konsequenz die Un-

terstützung des Landes bei der u3-Betreuung habe.

Er erinnert daran, dass er bereits mehrfach danach gefragt habe, ob die Effizienz der Frühen Förderung nachgewiesen werden könne, unter Anderem vor dem Hintergrund, dass in diesem Fachbereich das meiste Geld ausgegeben werde. Teilweise gebe es Vermutungen, dass Geld sogar versickere.

Eine Studie in Ludwigshafen habe die Auswirkungen bei verschiedenen Lebenslaufszszenarien im Bereich der Kindeswohlgefährdung untersucht. Für die Prävention seien insgesamt 35.000 € für Frühe Hilfen und die u3-Betreuung aufgewendet worden. Wenn solche Lebenslaufszszenarien bei Kindeswohlgefährdung nicht positiv ausliefen, könnten Folgekosten für Gesundheitshilfen und ggf. psychiatrische Behandlung, Jugendhilfe, berufsvorbereitende Maßnahmen oder Arbeitslosigkeit in Höhe von 400.000 € entstehen. Dieser Vergleich zu 35.000 € für Frühe Förderung sollte an anderer Stelle vertieft werden. In dieser Runde wolle er klar stellen, dass das ausgegebene Geld nicht versickere, sondern richtig und sinnvoll für Frühe Förderung eingesetzt werde.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) an, mit Ausnahme der Neuaufteilungen der Fachbereichsbudgets. Das Budget des Fachbereichs Bildung und Soziales umfasse über die Hälfte des Gesamthaushalts und nun müsse geschaut werden, wo das Geld gezielt eingesetzt werden solle. Dabei sei es sicher richtig, mehr präventive Arbeit zu leisten.

2012 müsse die Diskussion geführt werden, welches die sinnvollsten Maßnahmen seien um die gewünschten Ziele zu erreichen, was verbessert werden sollte und welche Dinge zurück gefahren werden könnten. Unter diesen Voraussetzungen würde ihre Fraktion diese Diskussion gerne mitführen.

Sie bittet darum, wie in dem Antrag ihrer Fraktion gemeinsam mit der FWG-Fraktion formuliert, zu untersuchen, inwieweit ein Familienzentrum ein Gewinn für Ulm bedeuten würde und mit den möglicherweise Betroffenen so rasch als möglich Gespräche zu führen sowie die Kosten zu ermitteln.

Stadtrat Eichhorn (FWG) verweist darauf, dass das vorgeschlagene Familienzentrum im Gesamtzusammenhang gesehen werden müsse und die städtischen Ämter, die sich auf verschiedene Stellen verteilen, möglicherweise zusammengeführt werden könnten, welches Synergieeffekte und Kostenersparnis bringen würde.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) bezeichnet ein Familienzentrum als sehr sinnvoll, allerdings sollte dafür erst eine Konzeption erstellt und dann überlegt werden, wo dies verortet werden könne.

Von Bürgermeisterin Mayer-Dölle ist zu erfahren, dass bei der Kindeswohlgefährdung das Qualitätsmanagement und das über den Ulmer Spatz entstandene Netzwerk sehr wichtig seien. Dafür würden auch fallunspezifische Mittel der Hilfen zur Erziehung eingesetzt.

Bei einem Familienzentrum müsse zunächst ein Konzept auf der Grundlage der Sozialraumorientierung erarbeitet werden. Dies würde bedeuten, dass der Fokus bei den Inhalten, den

Beratungsmöglichkeiten und der Raumkonzeption auf den Sozialraum Mitte-Ost gelegt werden würde, um dann zu schauen, was stadtteilübergreifend sinnvoll wäre.

Stadtrat Eichhorn (FWG) fragt, ob die zahlreichen Träger, die Aufgaben der vorabdotierten Jugendhilfe erfüllten, im Haushaltsplan ersichtlich seien.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle zeigt auf, dass die Schwerpunktträger einzelfallbezogen beauftragt würden. Über die Schwerpunktträger werde in den Sozialraumberichten Auskunft gegeben. Auch in der Alten- und Behindertenhilfe komme diese Vorgehensweise zunehmend zur Anwendung. Im Gemeindepsychiatrischen Verbund oder im Inklusionsbeirat würden diese Dinge besprochen. Bei den sozialen Leistungen halte sie es für wichtig, eine Vielfalt von Trägern zu haben und mit den Verantwortlichen vor Ort zusammen zu arbeiten.

Hinter der Vorabdotierung der Jugendhilfeleistungen steckten Pflegesatzverhandlungen mit den unterschiedlichen Trägern. Dabei würden auch fallunspezifische Hilfen geleistet, die den jeweiligen Trägern von sozialen Dienstleistungen bezahlt werden müssten.

Möglicherweise gehe durch die Sozialraumorientierung der Überblick z.B. bei der Sprachförderung verloren, übermittelt Stadtrat Dr. Süslü (SPD). Er regt an, nach Jahren wieder einmal einen Familienbericht vorzulegen.

Dazu lässt Bürgermeisterin Mayer-Dölle wissen, die neu besprochene ARGE Soziales werde sich als erstes Thema den achten Familienbericht vornehmen und auf dessen Grundlage nach einer passenden Referentin oder einem Referenten suchen, um diesen auf Ulm herunter zu brechen. Es würden in allen Bereichen inzwischen sehr qualifizierte Planungsstände mitgeteilt, bei Bedarf könne zusätzlich noch ein Familienbericht erstellt werden.

Stadtrat Milde (FWG) stellt für seine Fraktion fest, dass 115 Mio. € als Budget für den Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales ein riesiger Betrag sei. Er verweist auf den in der Vergangenheit angesprochenen Wettbewerb zwischen den Wohlfahrtsverbänden und den freien Anbietern. Die Frage sei, wie sich die Auszahlung dieser Mittel verteile.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle unterstreicht, dass Ulm im Vergleich zu den anderen Stadtkreisen bei den Ausgaben im Sozialbereich unter dem Durchschnitt liege. Durch ökonomisches Handeln werde eine hohe Qualität erzielt und habe zur Folge, dass gewisse Freiheiten im Bildungs- und Kindergartenbereich ermöglicht werden könnten. Dies komme dadurch, dass vermehrt die gewährten Leistungen an Regelangebote angedockt würden. Sie bietet Stadtrat Milde an, sich dies in der Praxis anzuschauen.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) interessiert bei den einzelfallbezogenen Vereinbarungen, ob die Vertragspartner auch ausgetauscht würden. Ihm sei aufgefallen, dass auf Seite 246 der GD 901/11 für die Ambulante Hilfe zur Erziehung in 220 Fällen 2,5 Mio. € aufgewendet werden sollten, welches pro Fall 11.300 € bedeuteten. Bei den Hilfen für junge Volljährige in 25 Fällen mit 550.000 € ergebe dies pro Fall 22.000 €. Er frage sich, was mit diesen Summen Tolles bewirkt werde.

Der Leiter der Abteilung Familie, Kinder und Jugendliche, Herr Hartmann-Schmid, unterrichtet zu den Ambulanten Hilfen zur Erziehung, dass es sich bei den 11.000 € pro Fall um die

Kosten für Fachkräfte handle, die in die Familien hineingingen, welches günstiger als eine stationäre Unterbringung sei. Die Hilfe für junge Volljährige umfasse sowohl die Ambulanten als auch die fünf bis neun Stationären Fälle, welche 4.500 € bis 5.000 € pro Monat kosteten.

Oberbürgermeister Gönner bittet um eine Aufzählung der entsprechenden Einrichtungen.

Dazu lässt Herr Hartmann-Schmid wissen, dass in Ulm mit den Ambulanten Jugendhilfeträgern Oberlin-Haus Ulm e.V., guterhirte e.V., Jugend- und Erwachsenenhilfe Seitz, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Ulm e.V. und dem Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverband Ulm zusammengearbeitet werde und mit Stationären Unterbringungen das Oberlin-Haus Ulm e.V. oder der gutehirte e.V. betraut würden.

Stadträtin Münch (CDU) hätte gerne neben den Ausgaben im Jugendhilfebereich auch für die anderen Bereiche einen Vergleich zu anderen Städten. Beispielsweise könnte aufgeführt werden, welche zusätzlichen Dinge pro Einwohner im sozialen Bereich finanziert würden. Sie möchte wissen, wie viel Geld pro Schüler an Sachmitteln oder Gebäudeunterhalt aufgewandt werde und würde sich eine Übersicht mit Kennzahlen dazu wünschen.

Abteilung Bildung und Sport

Die Diskussion zum Thema Schulreinigung sei im letzten Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt erfolgt, unterrichtet Stadträtin Dr. Graf (CDU) und sie stelle den Antrag, im kommenden Winter das Reinigungsintervall zu erhöhen und bittet die Verwaltung zu prüfen, welche Möglichkeiten es gebe, kurzfristig zu reagieren. Diesen Antrag werde sie schriftlich noch nachreichen.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Gönner, stellt klar, der Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales könne bestellen und bezahlen. Er fragt nach einem Deckungsvorschlag.

Damit werde die Verwaltung beauftragt, macht Stadträtin Dr. Graf (CDU) deutlich.

Von einem Ausbau der Schulreinigung halte er nicht viel, gibt Stadtrat Eichhorn (FWG) bekannt.

Wenn es vom Land mehr Geld für Schülerbeförderung gebe, müsse dieses Geld auch dafür verwendet werden, legt Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) dar. So halte sie es für wichtig, die übervollen Busse am Morgen durch zusätzliche Fahrzeuge zu entlasten und bei Ausflügen von Schulen und Kindergärten, die Kosten für den Öffentlichen Personennahverkehr zu übernehmen.

Der Schwerpunkt der Bildungsoffensive II solle bei der Qualität liegen. Sie könne im Haushaltsplan jedoch nicht die gewünschte Aufstockung beim Bildungsbüro finden, um die Kommunikationsschwierigkeiten rund um die Reformen und die Bildungsprofile der Schulen beheben zu können. Trotz der Bedeutung der Ganztagschulen und des BBEs werde dafür kein zusätzliches Geld eingesetzt.

Beim Bildungsbüro werde berücksichtigt, wie lange die Landesfinanzierung noch laufe, ä-

Bert sich Bürgermeisterin Mayer-Dölle. Dies sei bei der Stelle von Frau Götz noch bis Dezember 2012, für 2013 müsse dann ein neuer Stellenantrag erfolgen. Daneben arbeiteten Frau Grunert und Frau Schmid mit je einer ½ Stelle im Bildungsbüro mit.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) möchte zu den Schulabgängern aus den Werkrealschulen wissen, um wie viele Fälle es hier gehe und wie diese wieder eingefangen würden.

Stadträtin Kühne (SPD) erinnert an die versprochene Schwimmunterrichtskonzeption.

Von Herrn Semler, dem Leiter der Abteilung Bildung und Sport, ist zu erfahren, dass der Schulbeirat und der Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales über ein Schwimmkonzept beraten hätten. Dieses Konzept werde evaluiert und möglicherweise auf die anderen Lehrschwimmbecken ausgedehnt.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) sieht vor dem Hintergrund der Einführung der Gemeinschaftsschule die Vorbereitung dafür als eine Aufgabe des Bildungsbüros an und zu diesem Zweck sollte das Personal des Bildungsbüros evtl. aufgestockt werden.

Oberbürgermeister Gönner hält fest, das Thema Ganztageschule sehe vor, dass das Schulgesetz geändert werde. Unbestritten sei der Ausbau der Ganztagesangebote im Grundschulbereich als logische Folge des Kindertagesstättenausbaus und dies gelinge mit dem vorhandenen Personal.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) legt dar, dass Ulm bereits vor dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg vorbildlich ins BBE-Konzept eingestiegen sei. Das Konzept verlagere sich nun auf die Ganztageschule. Dies erfordere in der Bildungslandschaft mehr Diskussionen mit den Eltern und eine Profilbildung der Schulen. An der Eduard-Mörrike-Schule habe sich dies bestätigt und ihrer Meinung nach verfüge das Bildungsbüro dafür nicht über genügend Kapazitäten.

Oberbürgermeister Gönner stellt klar, im Frühjahr werde im Landtag über die Änderung des Schulgesetzes debattiert und abgestimmt. An den drei Standorten Innenstadt, Adalbert-Stifter-Schule sowie Albrecht-Berblinger-Schule würden momentan Konzepte für eine Gemeinschaftsschule entwickelt. Nach dem Festsetzen der Rahmenbedingungen und Förderungen des Landes würden die Konzepte der drei Schulen getestet und je nach den Ergebnissen würden sie als Gemeinschaftsschulen dem Land vorgeschlagen, ohne dass dafür zum jetzigen Zeitpunkt zusätzliche Stellen beim Bildungsbüro benötigt würden.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) verweist darauf, dass der Gemeinderat noch keine Entscheidung über die Einführung einer Gemeinschaftsschule getroffen habe.

Oberbürgermeister Gönner beschreibt, dass wenn im Frühjahr 2012 das Schulgesetz geändert werde, dies frühestens zum Schuljahr 2013/2014 umgesetzt werden könne. Mit den drei interessierten Ulmer Schulen sei besprochen worden, dass alle die gleichen Chancen hätten. Entschieden werde anhand der vorgelegten Konzeptionen und Voraussetzungen seien Beschlüsse der Schulen und das Erfüllen der Vorgaben des Landes.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle fügt ein, momentan würden Gespräche mit den drei Schul-

standorten, dem Staatlichen Schulamt, den Geschäftsführenden Schulleitern und dem Gesamtelternbeirat geführt. Möglicherweise werde eine Moderation des Konzeptentwurfs als sinnvoll angesehen, aber dafür könne sie sich das ZNL vorstellen. Das Bildungsbüro würde dann mit der Bildungsregion als Plattform gesehen, um mit allen Beteiligten diesen Prozess zu gehen.

Stadträtin Kühne (SPD) würde sich etwas mehr Begeisterung für die von der Bevölkerung gewünschte Gemeinschaftsschule wünschen, um die gegenwärtige Hauptschule abzulösen.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) hält es für wichtig, die Eltern bei der Planung für die Gemeinschaftsschulen mit einzubeziehen. Nachdem der Bedarf an etwas Neuem unbestritten sei, bittet sie die Verwaltung, wenn das Land Beschlüsse gefasst habe, einen Zirkel mit Vertretern der verschiedenen Fraktionen, dem Gesamtelternbeirat und den Schulen zusammenzurufen, um gemeinsam über die Änderungen unterrichtet zu werden.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) warnt davor, nun zu viele Gelder in Modellprojekte für Gemeinschaftsschulen fließen zu lassen, bevor die Rahmenbedingungen des Landes fest stünden.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) ermutigt dazu, mit professioneller Unterstützung hier in Ulm selbst Schulprofile zu erarbeiten. Dabei halte sie die Kommunikation mit den Eltern für elementar wichtig und dafür müsse die nötige Zeit zugestanden werden.

Oberbürgermeister Gönner bittet Bürgermeisterin Mayer-Dölle, in den betreffenden Ausschüssen darüber zu berichten, wenn Neuerungen feststünden.

Abteilung Existenzsicherung

Für die Angebote zur Tagesstrukturierung von Langzeitarbeitslosen vermisst Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) ebenfalls eine Planungsrate. Das Jobcenter werde 300.000 bis 400.000 € Einsparungen bringen und bei der Wohnsitzlosenhilfe würden 100.000 € weniger eingesetzt. Gerade bei den Schwächsten der Gesellschaft werde gespart. Sie fragt, wie viel Geld zur Verfügung stehe, um die Tagesstrukturierung für Langzeitarbeitslose ins Leben zu rufen.

Erster Bürgermeister Czisch kündigt an, dass wenn das Jobcenter seine Arbeit aufgenommen habe, müssten sicherlich zahlreiche sozialpolitische Bereiche angegangen werden.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) beklagt, dass bedauerlicherweise in der letzten Fachbereichsausschusssitzung der Haushaltsplan kein Thema gewesen sei und gewünschte Schwerpunktthemen erst im kommenden Jahr behandelt würden.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle versichert, dass ein Teil der eingesparten Mittel durch das Jobcenter für die Tagesstrukturierungsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen eingesetzt werden sollten. Dies werde abhängig von den Maßgaben des Bundes gestaltet.

Abteilung Ältere, Behinderte und Integration

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) bedauert, dass sie im Haushaltsplanentwurf weder die Auf-

wendungen für die Schuldnerberatung noch für den Pflegestützpunkt gefunden habe.

Erster Bürgermeister Czisch gibt bekannt, dass die Schuldnerberatung auf Seite 228 des Entwurfs des Haushaltsplans zu finden sei.

Herr Gerstenberg, der Controller des Fachbereichs Bildung und Soziales, legt dar, es stünden für die Schuldnerberatung 300.000 € zur Verfügung.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) hält es für schwierig, konkrete Dinge im Haushaltsplan zu finden. Für sie stehe überall dasselbe und es fehlten die Klarheiten.

Oberbürgermeister Gönner verweist auf den Kämmerer, der bereits im Vorfeld für Fragen zur Verfügung stehe.

Erster Bürgermeister Czisch hat Verständnis dafür, dass der neue Haushaltsplan einer gewissen Gewöhnung bedürfe. Durch den reduzierten Zahlenteil sei viel Mühe auf die Erläuterungen gelegt worden. Bereits im vergangenen Jahr habe er darauf hingewiesen, dass gewünschte zusätzliche Informationen, mitgeteilt werden müssten.

Wenn nach Stichworten gesucht werde, seien diese meist in Gemeinderatsdrucksachen des laufenden Jahres zu finden und bei Unklarheiten stünden Herr Gerstenberg oder Herr Eh für Auskünfte zur Verfügung.

Oberbürgermeister Gönner hält abschließend - ohne Widerspruch - fest, dass der Teilergebnishaushalt des Fachbereichs Bildung und Soziales unverändert dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.

II. Teilfinanzhaushalt des Fachbereichs Bildung und Soziales

Abteilung Bildung und Sport

Stadträtin Münch (CDU) spricht den Unterhalt und die Sanierung von Schulen an. Sie interessiert sich für die Liste der Bedarfe aus den Schulrundgängen mit den jeweiligen Kosten und dem Zeitrahmen. Ein Problem sei, dass in den Schulen viele Dinge anfielen, die nur zum Teil den Gemeinderäten bekanntgegeben würden.

Der Leiter des Zentralen Gebäudemanagements, Herr Michnick, sichert zum vorgelegten Antrag eine Antwort zu. Bei den Rundgängen durch die 52 Schulen werde jährlich eine Liste der gewünschten Maßnahmen erstellt, welche nach den Kriterien, die mit der Abteilung Bildung und Sport festgelegt worden seien, abgearbeitet werde. Prioritäten dabei hätten die Sicherheit, der Erhalt der Einrichtung und die Energieeinsparung. Die Liste umfasse ca. 60 Seiten mit 200 Maßnahmen.

Der Leiter der Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung, Herr Eh, ergänzt, die größten Maßnahmen in Höhe von 8,2 Mio. € seien in Anlage 5 zu GD 901/11 aufgeführt.

Stadträtin Münch (CDU) verweist darauf, dass es für Schülerinnen und Schüler neben der Sicherheit und Energieeinsparung auch wichtig sei, sich in einer Schule wohl zu fühlen. Für

erfolgreiches Lernen seien die Räume und das Mobiliar ebenfalls nicht unerheblich. Sie würde sich wünschen, dass die angesprochene Liste jährlich im Fachbereichsausschuss diskutiert würde, um mehr Transparenz zu erreichen.

Erster Bürgermeister Czisch verdeutlicht, an erster Stelle stehe die rechtliche Verpflichtung und danach die genannten Kriterien. Er warnt davor, auf die Maßnahmenliste Einfluss zu nehmen.

Stadträtin Münch (CDU) bietet sich an, mit Experten die Kriterien für die Unterhaltsliste zu entwickeln. Interessieren würde sie auch die Summe der anstehenden Unterhaltskosten.

Oberbürgermeister Gönner sichert Stadträtin Münch (CDU) diese Liste zu.

Für Herr Michnick ist es problematisch, bei 200 genannten Maßnahmen die Kosten zu ermitteln.

Oberbürgermeister Gönner hält fest, der Schulrundgang erfolge jährlich und habe sich bestens bewährt, während dessen werde auch bereits das Notwendigste festgehalten.

Dazu lässt Herr Semler wissen, dass 2012 4,3 Mio. € für Bauunterhaltsmaßnahmen vorgesehen seien. Dafür erarbeite die Abteilung Bildung und Sport die Konzepte und gemeinsam mit der Abteilung Zentrales Gebäudemanagement würden diese abgearbeitet.

Oberbürgermeister Gönner gibt zu Protokoll, dass die Verwaltung mit dem Einordnen des Wohlfühlens überfordert sei und wenn der Gemeinderat diese Entscheidung an sich ziehen wolle, könne er davor nur warnen.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) bestätigt, dass Wohlfühlen im pädagogischen Sinne schon eine Qualität habe und messbar sei.

Stadtrat Eichhorn (FWG) äußert sich zum Antrag seiner Fraktion, auf ein neues Schwimmbad am Bildungszentrum Eselsberg, für das die Behandlung in den zuständigen Ausschüssen zugesagt worden sei. Er möchte wissen, ob dies in absehbarer Zeit auf die Tagesordnung komme.

Herr Semler macht deutlich, dass die Adalbert-Stifter-Schule ein Teil der Konzeption Gemeinschaftsschule sei und abgewartet werden müsse, wie sich dies weiter entwickle. Im Moment werde gemeinsam mit der Abteilung Zentrales Gebäudemanagement eine Vergleichskostenkalkulation über die Sanierung des Bestands oder eines Neubaus erstellt. Entscheidend sei aber die erwartete Änderung des Schulgesetzes mit den entsprechenden Vorgaben für die Gemeinschaftsschule.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) zeigt auf, die RPG Eselsberg habe mit Vertretern aller Fraktionen vereinbart, diese Konzeption der Adalbert-Stifter-Schule abzuwarten.

Stadtrat Eichhorn (FWG) fügt ein, bei den Bädern in der Martin-Schaffner- und der Adalbert-Stifter-Schule handle es sich um Energieschleudern. Wenn der Kindergarten im Ruländerweg geschlossen werde, könne an dieser Stelle ein „Bädle“ erstellt werden, dieser ver-

nünftige Vorschlag müsse untersucht werden.

Oberbürgermeister Gönner sichert dies zu.

Erster Bürgermeister Czisch hält fest, durch die Schließung der Bäder würde am meisten Energie gespart.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) interessiert sich für die 70.000 € für die Werkrealschule Unterweiler auf Seite 263 der GD 901/11.

Oberbürgermeister Gönner veranschaulicht, dort werde - wie in anderen Stadtteilen auch - eine Kombination aus Kindergarten und Schule geplant und es haben auch bereits erste Gespräche dazu mit dem Regierungspräsidium Tübingen gegeben.

Stadträtin Kühne (SPD) vermisst auf Seite 273 des Haushaltsplanentwurfs Ausgaben für das Naturkundliche Bildungszentrum und die Friedrich-List-Schule. Sie bittet darum, hierfür rechtzeitig tätig zu werden.

Herr Semler bestätigt den akuten Raumbedarf. Die Landesregierung plane neue Schularten, vor allem für die Wirtschaftsschulen. Die dafür nötigen Änderungen des Schulgesetzes würden in den kommenden Wochen erwartet und dann werde darüber berichtet. Er habe in Tübingen bereits Gespräche über die Schulbauförderung geführt.

Oberbürgermeister Gönner kündigt an, das Thema Berufliche Gymnasien werde zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Stadt bereite sich darauf vor, an der Friedrich-List-Schule das vorhandene Berufliche Gymnasium auszubauen. Dazu würden voraussichtlich in der Greifengasse alte Gebäude abgerissen und Neubauten erstellt werden. In diesem Zusammenhang werde das Naturkundliche Bildungszentrum auch eine Rolle spielen.

Dienstgebäude Sattlergasse 2-4/Familienzentrum

Oberbürgermeister Gönner informiert, dass im Gebäude der Familienbildungsstätte einige Sanierungen anstünden. Zusätzliche Angebote könnten dort nur geschaffen werden, wenn die Abteilung Bürgerdienste genügend Platz habe. Er verweist auf die Beschlüsse des Hauptausschusses, dass Vorschläge zur Sanierung der Sattlergasse sowie der Neubau eines Technischen Rathauses einander gegenübergestellt werden sollten und dieser dann darüber entscheide. Erste Priorität habe der erhöhte Raumbedarf der Bürgerdienste, die zweite Priorität liege bei einem Technischen Rathaus mit Kapazitäten für zusätzliche Dienstleistungen außer den in der Sattlergasse untergebrachten.

Bei einem Neubau würde das Dienstgebäude in der Sattlergasse frei und könnte saniert werden. Ein Sozial- und Familienzentrum befinde sich erreichbar für die ganze Stadt am Willy-Brandt-Platz. Bei einem Umzug des Familienzentrums in evtl. frei werdende Gebäude in der Sattlergasse müsste überlegt werden, was dann mit den Räumlichkeiten am Willy-Brandt-Platz geschehen solle. Wenn es darum gehe, das Familienbüro und den Tagesmütterverein e.V. in das Gebäude der Familienbildungsstätte zu integrieren, werde er bei der Familienbildungsstätte nachfragen, ob diese dafür Kapazitäten frei habe.

Ein gemeinsamer Eingang in der Sattlergasse für die Familienbildungsstätte und die Bürgerdienste könne gerne untersucht werden, es müsse jedoch klar sein, dass auf der rechten Seite bei der Abteilung Bürgerdienste hoheitliche Aufgaben erledigt würden, welches bei der Familienbildungsstätte auf der linken Seite nicht der Fall sei und daneben unterschiedliche Öffnungszeiten und verschiedene Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden müssten.

Stadträtin Kühne (SPD) lobt die wichtige Arbeit der Familienbildungsstätte und gibt Stadtrat Dr. Süslü (SPD) Recht, dass die Familien in der Stadt auch wahrgenommen werden dürften. Sie räumt ein, dass bei der Ausweitung der Familienbildungsstätte das Sozial- und Familienzentrum am Willy-Brandt-Platz nicht bedacht worden sei. Ihrer Meinung nach sollte in Ruhe darüber diskutiert und untersucht werden, bei welchen anderen Räumlichkeiten um den Weinhof herum Änderungen anstünden und wo es evtl. Optimierungsmöglichkeiten gebe.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) verweist darauf, dass der Antrag ihrer Fraktion zum Familienzentrum durch die Sanierung der Gebäude in der Sattlergasse ausgelöst worden sei und in den Räumlichkeiten der Familienbildungsstätte auch verschiedene Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden müssten.

Ihre Fraktion wünsche sich, dass im Gesamtkontext überlegt werde, welche vernünftigen Möglichkeiten es nicht nur in Bezug auf die Bürgerdienste gebe, sondern die verschiedenen Ansatzpunkte stadtübergreifend geprüft würden. Sie schlägt vor, dieses Thema möglichst bald auf die Tagesordnung zu nehmen.

Oberbürgermeister Gönner stellt klar, darüber werde im Hinblick auf die Bürgerdienste, die in städtischen Gebäuden untergebracht seien, diskutiert. Daneben liefen Planungen für ein innenstadtnahes Technisches Rathaus. Auch in der Kornhausgasse liege ein riesiger Sanierungsbedarf vor, welches die Anlaufstelle für tausende Menschen mit internationalen Wurzeln sei, die ebenso wichtig wie Familien seien. Die Pionierkaserne müsse ebenfalls saniert werden und dort bestehe auch die Möglichkeit, einen Großteil der Verwaltung unterzubringen. Der zuständige Ausschuss für diese Entscheidungen sei der Hauptausschuss.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) verweist auf den Antrag seiner Fraktion, der das ehemalige Modehaus Jung als idealen Standort für ein Technisches Rathaus bezeichne.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) hält fest, dass klar geworden sei, dass es dem Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales wichtig wäre, über eine Konzeption nachzudenken und sich danach mit dem dafür nötigen Gebäude zu beschäftigen. Auch für ein Technisches Rathaus müsste mit den Betroffenen eine aktuelle Konzeption entwickelt werden, um auf dieser Grundlage nach einem passenden Standort zu suchen.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) berichtet von einer Besichtigung des Gebäudes in der Sattlergasse mit unannehmbaren Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aufgrund dessen und des Sanierungsbedarfs der Räumlichkeiten der Familienbildungsstätte sowie des Freiwerdens von Häusern am Weinhof sollte überlegt werden, wie diese Rochade gemacht werden könne.

Allerdings stimmt sie Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) zu, dass zuerst recht zügig eine Kon-

zeption erstellt werden müsse und ihrer Meinung nach sollte dies im gesamten Gemeinderat diskutiert werden.

Oberbürgermeister Gönner trägt vor, der Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales könne in aller Ruhe über ein Bildungs- und Familienzentrum reden. Jedoch dürfe bei den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen in der Sattlergasse keine Zeit verloren werden. Er schlägt vor, auch zu diskutieren, ein Familienzentrum einschl. der Familienbildungsstätte außerhalb der Sattlergasse einzurichten. Es müsse jedoch klar sein, dass der Hauptausschuss diese Diskussion nicht abwarten könne.

Abteilung Familie, Kinder und Jugendliche

Stadträtin Dr. Graf (CDU) fragt auch nach dem Zuschuss für neue Jugendräume auf Seite 283 der GD 901/11.

Herr Eh veranschaulicht, hierbei handle es sich vorsorglich um Zuschüsse für Kirchen oder Vereine.

Oberbürgermeister Gönner spricht von selbst verwalteten, nichtstädtischen Jugendräumen.

Abteilung Ältere, Behinderte und Integration

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) bezieht sich auf Seite 281 des Haushaltsplanentwurfs und fragt, ob eine Besichtigung des Flüchtlingswohnheims in der Römerstraße möglich wäre.

Der Leiter der Abteilung Ältere, Behinderte und Integration, Herr Lang, ist gerne dazu bereit.

Oberbürgermeister Gönner stellt fest, dass der Teilfinanzhaushalt des Fachbereichs Bildung und Soziales unverändert dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.

III. Zuschussverzeichnis

Stadträtin Kühne (SPD) berichtet, dass Zuschussempfänger darum gebeten hätten, auf den Status von 2008 zurückzugehen. Sie fragt nach Anpassungen.

Oberbürgermeister Gönner stellt fest, auf den Zustand vor der Krise zurückzukehren, sei nicht möglich. Dagegen habe es eine Erhöhung um 3,5 % gegeben.

Ohne weitere Diskussion stellt er - ohne Widerspruch - fest, dass das Zuschussverzeichnis unverändert dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 2, C 2, ABI, ABI/KAM, ESI, KITA, FAM, BS, GPR, ZS/P, ZS/F, GM, RPA, Ortsverwaltungen (8), 902/0

Niederschrift über die Verhandlung

des Fachbereichsausschusses Kultur

des Gemeinderats

vom 29. November 2011

öffentlich

§ 371

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2012 für den Fachbereich Kultur

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 30. November 2011 (§ 376) aufgeführt.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Gönner, erläutert Erster Bürgermeister Czisch die Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2012 (GD 904/11). Insbesondere geht er dabei auf die vom Land erhöhten Mittel für den Bereich Kinderbetreuung ein.

I. Teilergebnishaushalt

Stadtrat Kontzinos (GRÜNE) konstatiert, 2011 sei mit dem Berblinger-Jubiläum und den Aufführungen auf der Wilhelmsburg ein tolles Kulturjahr gewesen. Auch eine neue Museumsleiterin sei gewählt worden. Es gebe sehr viel Hochkultur in Ulm. Leider vermisse man etwas die sogenannte Subkultur. Daher frage man nach dem aktuellen Stand der Kulturförderung und der Kulturstiftung. Außerdem interessiere, welche Mittel für die Weiterentwicklung der HfG zur Verfügung stünden.

Stadtrat Milde (FWG) äußert, seine Fraktion appelliere an die Kulturverwaltung und die Einrichtungen, auch in den Jahren der Konsolidierung nicht nachzulassen zu visionieren und zu projektieren. Denn es könne sein, dass es 2013 und 2014 finanziell besser werde.

Stadträtin Schanz (SPD) sagt, im neuen Jahr werde man sich vermehrt mit dem Museum beschäftigen, wenn Frau Dr. Holthuis ihre Stelle angetreten habe. Ihre Fraktion habe den Gedanken gehabt, für das Museum eine bestimmte Summe einzusetzen. Denn beim Museum müsse sich etwas ändern. Das Thema Eingangsbereich sei schon länger bekannt. Man solle aber abwarten, bis Frau Dr. Holthuis da sei.

Die Hauptabteilung Kultur bekomme zwar eine Personalstelle für die Öffentlichkeitsarbeit, aber dadurch werde die Arbeit im Kulturbereich nicht weniger. Es werde dort sehr viel gearbeitet und am Rande der Kräfte. Dies müsse man zur Kenntnis nehmen und in Zukunft sehen, wie man damit umgehe. Dies gelte eigentlich für alle Abteilungen in diesem Bereich.

Den Titel "Kulturstadt an der Donau" wolle ihre Fraktion im Haushalt weiterführen. Auch wenn derzeit die Mittel fehlten, um sich als Europäische Kulturhauptstadt zu bewerben. In der Hoffnung, dass sich die Zeiten wieder besserten, solle an der Idee weitergearbeitet werden.

Stadtrat Nagel (CDU) dankt den einzelnen Kultureinrichtungen für ihren Beitrag zur Konsolidierung. Er möchte wissen, ob es einen Notfallplan gäbe, falls die von Herrn Stadtrat Milde erwarteten rosigen Zeiten nicht kämen.

Er erinnert daran, dass die CDU-Fraktion beantragt habe, den Turnus für das Internationale Donaifest zu verändern: Einen 3-jährigen Turnus bei gleichbleibenden Finanzmitteln und die Zeit dazwischen zu nutzen, die Inhalte besser vorzubereiten.

Weiter mahnt er die Erledigung des am 29. Juni 2010 zusammen mit Stadtrat Mittelbach gestellten Antrags zur Friedrichsau an. Man habe schon zuvor Anträge zu einer dauerhaften Instandsetzung der Friedrichsau für Kulturprojekte gestellt. Der Oberbürgermeister habe damals sehr positiv geantwortet. Daraufhin habe man beantragt einmal vorzurechnen, was es koste, eine Bühne für Konzerte, Poetry-Slams und ähnliches zu realisieren.

In der letzten Sitzung des Fachbereichsausschusses Kultur sei eine Debatte zur Erhöhung der Eintrittspreise des Ulmer Museums geführt worden. Dabei sei zum Ausdruck gekommen, dass manchmal Kennzahlen für Ziele und Leistungen im Haushalt angesetzt würden, die unrealistisch seien und nicht eingehalten werden könnten.

Nicht im Haushalt 2012 enthalten sei das Festival Neue Musik. Es werde dennoch stattfinden, weil es aus Eigenmitteln finanziert werde. Es wäre natürlich zu begrüßen, wenn man es schaffen würde, es weiter zu veranstalten.

Bei der HfG stelle sich für seine Fraktion nach dem Expertengespräch die Frage, wo es hingehen solle. Die HfG sei ein Leuchtturm für Ulm. Man wünsche sich, dass die HfG über das Sammeln und Bewahren hinaus auf der wissenschaftlichen Ebene stärker zum Leuchten komme.

Zum Thema Kreativwirtschaft: 2012 wünsche man sich im Fachbereichsausschuss Kultur eine Debatte dazu, wie man mehr Kulturschaffende in das Unternehmertum bekomme. Dies hätte auch Auswirkungen auf die gesamte Stadt, z.B. durch die Gewerbesteuer. Aachen gehe hier mit einem Gründerzentrum voran.

Die Ausgaben für die institutionelle Kultur einerseits und für die Zuschüsse und Projektförderungen andererseits seien in einem "interessanten" Verhältnis: Er glaube nicht, dass die Zuschüsse in Höhe von 4 % des Budgets 2012 dem politischen Willen entsprächen. 2012 solle auch darüber gesprochen werden, wie man hier einen besseren Ausgleich schaffe.

Für die Wilhelmsburg würde man sich die Ausweisung von Planungsdaten für einen dauerhaften Betrieb im Haushalt wünschen, trotz der bekannten Schwierigkeiten mit der Anbindung und ähnlichem.

Zur Panda-Bar und der "Kultur des Nachtlebens": Man dürfe nicht den Blick dafür verlieren, was außerhalb des Haushalts stehe. In dieser Stadt seien mit den Schülern, Studenten und Auszubildenden sehr viele junge Menschen unterwegs. Diese hätten auch einen Anspruch, ihren Weg der Kultur zu gehen. Dazu gehörten der Club, die Bar und die Disko.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) würde sich wünschen, dass in Zukunft auch die institutionellen Einrichtungen von den Studenten usw. genutzt würden.

Jeder, der sich in der Kunst betätige, sei in Ulm willkommen. Und wer etwas vorweise, könne auch mit Unterstützung rechnen.

Der Ausdruck "Kulturstadt an der Donau" sei gerechtfertigt, wenn man die Ausgaben für den Kulturbetrieb sehe. Im Vergleich mit anderen Städten stehe man sehr gut da. Trotzdem sei das Eine oder Andere zu verbessern, auch hinsichtlich des Kostendeckungsgrads bei den einzelnen städtischen Einrichtungen.

Insgesamt gesehen sei man bei der Kultur auf dem richtigen Weg. Man solle Angebote für junge Leute machen und natürlich könne man auch in der Friedrichsau das Eine oder Andere einmal etwas großzügiger sehen. Dass man mit den Mitteln sorgfältig umgehen müsse, sei klar. Jeder der herziehen wolle oder schon hier sei, müsse wissen, dass man in Ulm gut dran sei, was die Kultur angehe.

Stadtrat Bühler (FWG) bringt vor, vor etwa vier Jahren sei der Antrag gestellt worden, eine Kulturstiftung einzurichten. Seine Fraktion hätte gern gewusst, was daraus geworden sei. Mit den Erträgen der Stiftung könnte viel von dem was man heute gehört habe außerhalb des Haushalts unterstützt werden.

Stadträtin Malischewski (FWG) vertritt die Auffassung, es mache Sorgen, wenn man die Zahlen des Ulmer Museums anschau: Der Zuschuss pro Besucher betrage 74 € und bei der Kunsthalle Weishaupt steige der Zuschuss von 251.000 € auf 407.000 €. Es müsse etwas geschehen. Frau Dr. Holthuis solle großen Wert auf das Marketing legen. Man brauche mehr Einnahmen im Museum und in der Kunsthalle Weishaupt.

Das Kindermuseum laufe in Neu-Ulm hervorragend. Die Frage sei, was man diesbezüglich in Ulm für Kinder tun könne.

Es sei ein Kraftakt gewesen, die Verlagerung des HfG-Archivs überhaupt zu stemmen und jetzt würden schon neue Forderungen laut. Sie sei der Auffassung, dass man innehalten

und schauen solle, welche Menschenmassen dort überhaupt kämen. Dann könne man weitersehen.

Oberbürgermeister Gönner erklärt, er wolle die Themen etwas sortieren: Das Museum bekomme am 1. Januar 2012 eine neue Leiterin. Die Kunsthalle Weishaupt sei eine völlig andere Baustelle. Man sei Herrn Weishaupt sehr dankbar für sein Engagement. Da werde nichts kritisiert, sondern nochmals für diese Initiative gedankt.

Ausgangspunkt für die Kulturstiftung seien städtische Haushaltsmittel in Höhe von 1 Million €. Mindestens die gleiche Summe müsse von Privatpersonen kommen. Man habe mit Interessenten gesprochen. Es sei klar, dass so jemand dann seinen Namen im Namen der Stiftung haben wolle. Das Regierungspräsidium als Stiftungsbehörde habe erklärt, dass dies nicht sein dürfe, weil es abschreckend für weitere Zustifter sei.

Auch sei der Ertrag bei 2 Millionen € Stiftungskapital und 2 % Verzinsung gering. Unterkante seien deshalb 3 bis 4 Millionen €. Daher brauche man private Zustifter und dies sei ein hoch sensibles Thema. Klar sei dann aber auch, dass dann dem Fachbereichsausschuss die Mittelentscheidung entzogen sei. Das Ganze sei noch im Verhandlungsstadium, eher mit dem Vorzeichen, dass es nicht gehe.

Zum Thema Berblinger-Jubiläum: Der Gemeinderat habe diesen Monat beschlossen, 2013 einen kleinen theoretischen Wettbewerb auszuloben. Frau Mann habe dafür Kosten von etwa 120.000 € ermittelt. Dieses Thema werde vollzogen.

Das Thema Friedrichsau-Jubiläum sei auch sehr erfolgreich. Wenn es gelinge eine Bühne ohne technische Ausstattung einzurichten, habe er kein Problem damit. Außerdem gebe es in der Friedrichsau schon installierte Bühnen in zwei gastronomischen Einrichtungen.

Zum Thema HfG: Die Stadt sei dort Mieter und die Räume würden jetzt belebt. Ende 2012 ziehe die Psychosomatik der Universität aus. Es gebe die Überlegung, ob man die Flächen des HfG-Archivs noch erweitere. Dies werde man im Laufe des Jahres 2012 klären.

Bürgermeister Wetzig zeigt als Vertreter der HfG-Stiftung auf, dass die Universität derzeit noch etwa 1.100 m² belege. Ein Bereich mit rund 400 m² Fläche schließe unmittelbar an die heutigen Räume des HfG-Archivs an. Dort würde sich eine sinnvolle Erweiterung des Archivs anbieten.

Weiter stellt er klar, dass die HfG seit 43 Jahren geschlossen sei. Es gebe jetzt das städtische HfG-Archiv und eine private Stiftung "Hochschule für Gestaltung HfG Ulm", die Eigentümer der Gebäude sei. Für das, was dort neben dem HfG-Archiv noch passieren könnte, dazu gebe es die private Stiftung als einzigen Akteur. Deren inhaltlichen Aktivitäten würden von einer gemeinnützigen Gesellschaft, der IFG Ulm, betrieben. Die Stiftung rede hier nicht hinein. Träger für Aktivitäten könnten entweder das städtische HfG-Archiv oder jemand Dritter sein. Oder es könne gesagt werden, die Stiftung mit einem Zuschuss zu unterstützen, damit sie entsprechende Aktivitäten entwickeln könne.

Oberbürgermeister Gönner weist darauf hin, dass eine Erweiterung der HfG-Archiv-Flächen auch zu einer höheren Miete führen würde.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle fügt an, der vor zwei Jahren vorgestellte Masterplan enthalte viele Möglichkeiten, das HfG-Archiv zu bespielen. Man sei jetzt einen ersten Schritt gegangen. Im Moment habe das HfG-Archiv jährlich rund eine halbe Million € fixe Kosten. Die Personalbesetzung sei die Basis für die wissenschaftliche Arbeit, aber nicht für die im Masterplan aufgezeigten Möglichkeiten.

Das Expertengespräch habe aufgezeigt, dass es in Verbindung mit dem Masterplan unterschiedliche Möglichkeiten gäbe. Hinsichtlich der wissenschaftlichen Arbeit und des Plagiat-schutzes sei man im Gespräch mit Herrn Busse, aber vor allem mit der Hochschule für Gestaltung Schwäbisch Gmünd hinsichtlich einer Kooperation. Es gebe weitere Kooperationsangebote z.B. vom Museum of Modern Art in New York. Der Nutzen für Ulm wäre, die Stadt dadurch bekannt zu machen. Dazu gehöre, zunächst die Dauerausstellung einzurichten. Mit einer Drittel-Finanzierung seien hier Bund, Land und Kommune im Boot.

Ein weiterer wichtiger Schritt sei, das Wissen der Dozenten und Studenten der früheren HfG zu sichern. Ihres Erachtens müssten bei einem Projekt ebenfalls Bund und Land mit ins Boot, denn es sei ein kulturelles Erbe der Bundesrepublik.

In den nächsten Monaten werde man mit der Stiftung über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Besucher reden.

Man müsse auch sehen, wie man im Marketing vorankomme. Im Frühjahr sei Otl Aichers 90igster Geburtstag und es werde überlegt, eine Gruppe internationaler Journalisten nach Ulm zu holen. Man müsse von Halbjahr zu Halbjahr immer neue Akzente setzen. Auch die Eröffnung der Dauerausstellung Anfang 2013 werde ein Highlight sein.

Zur Kultur insgesamt sei zu sagen, dass es nicht an den Visionen fehle. Die Haushaltskonsolidierung laufe bis 2012 und wenn man in den letzten Tagen den Wirtschaftsbericht gelesen habe, dann wisse man, was bevorstehe. Zunächst gehe es darum sicherzustellen, dass die Arbeit der Kultureinrichtungen weitergehen könne. Man habe gesehen, dass man jetzt an Grenzen komme, wo Haushaltskonsolidierung und Qualität sich widersprächen. Zuerst müsse man sichern was man habe und dazu gehöre auch die freie Kulturszene.

Zum Ulmer Museum: Frau Mann und sie seien in engen Abstimmungsgesprächen mit Frau Dr. Holthuis. Sie hätten ihr vermittelt, dass eine Strukturkommission des Gemeinderats Ergebnisse erarbeitet habe und, dass auch bei einer internen Klausur der Mitarbeiterschaft des Museums Ergebnisse erzielt worden seien. Auf dieser Grundlage werde Frau Dr. Holthuis ein Konzept zu den Perspektiven des Museums entwickeln.

Die Besucherzahlen seien nicht schlecht, weil in den letzten zwei Jahren keine sogenannten Blockbuster-Ausstellungen stattgefunden hätten. Das Ziel seien kleine Ausstellungen gewesen. 40.000 bis 45.000 Besucher jährlich seien vor dem Hintergrund der Größe der Stadt und der Qualität des Museums eine gute Zahl. Wirklich hohe Besucherzahlen würden auch an anderen Museen nur mit großen Ausstellungen erreicht, die teilweise mehr als eine halbe Million € kosteten. Das erste sei die Konzeption und auf dieser Grundlage sei zu überlegen, was baulich folgen könne. Dann sehe man, welche Sonderausstellungen gestaltet werden könnten.

Die Frage, ob die Kennzahlen realistisch seien, werde man auch zusammen mit der Finanzverwaltung nochmals besprechen.

An dem wichtigen Thema Kreativwirtschaft seien Frau Mann und sie dran, andere Dinge seien aber bisher vorrangig gewesen. Es werde noch abgestimmt, inwieweit dieses Thema 2012 in die Jahresplanung aufgenommen werde.

An der Basisinfrastruktur der Wilhelmsburg werde sich in den nächsten Jahren nichts ändern. Man sei aber mit Bürgermeister Wetzig im engen Kontakt, was hier möglich sei. Intern sei abgesprochen worden für 2013 zu überlegen, wie nicht nur das Theater, sondern auch andere Kulturtreibende die Wilhelmsburg bespielen könnten. 2012 werde ein Programm im Fachbereichsausschuss Kultur beraten.

Frau Mann erhalte jetzt zumindest eine Stelle für das zentrale Kulturmarketing. Die ganze Kulturarbeit stehe und falle mit einem guten und qualifizierten Marketing, sowohl einrichtungsübergreifend als auch in den Einrichtungen vor Ort. Diese beiden Dinge spielten ineinander.

Stadtrat Milde (FWG) erwähnt, man habe das Gefühl, dass Bürgermeisterin Mayer-Dölle das HfG-Archiv zur Chefsache erklärt habe. Er gehe dennoch davon aus, dass es weiterhin dem Museum zugeordnet sei.

Er habe die Sorge, dass man oben am HfG-Archiv eine schlechte Besucherfrequenz habe. Nicht nur wegen der Anbindung, sondern auch wegen der Startschwierigkeiten. Dass man das HfG-Archiv überpriorisiere und gleichzeitig unten im Museum die Mittel für Ausstellungen fehlten. Wahrscheinlich müsse man im Fachbereichsausschuss Kultur einmal darüber reden, ob man die Prioritäten etwas anders setze.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle erinnert daran, dass es in den letzten zwei Jahren eine kommissarische Museumsleitung gegeben habe. Die Beschlüsse zum HfG-Archiv seien aber vor zweieinhalb Jahren gefasst worden. Daher sei es notwendig gewesen, dass sie das HfG-Archiv in den letzten zwei Jahren zur Chefsache gemacht habe, um die Beschlüsse umsetzen zu können.

Natürlich gehöre das HfG-Archiv unter das Dach des Museums. In der Vergangenheit seien die Mittel gerecht verteilt worden. Das HfG-Archiv habe nicht mehr Mittel als die anderen Bereiche.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) wendet ein, das Archiv sei eigentlich kein Museum, sondern es solle vorrangig wissenschaftlichen Zwecken dienen. Der Besucheransturm werde sich daher in Grenzen halten.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle zeigt auf, dass es ein Schauarchiv und für unterschiedliche Zielgruppen interessant sei. Aus dem Masterplan sei genau hervorgegangen, welche Möglichkeiten das HfG-Archiv habe. Es sei ähnlich wie beim Haus der Stadtgeschichte.

Zum Thema Kindermuseum: Explizit ein Kindermuseum auszuweisen, mache keinen Sinn.

Sinnvoll sei eine Zusammenarbeit mit Neu-Ulm in diesem Bereich. Bei der Münsterrisse-Ausstellung sei die Thematik einerseits für die Erwachsenen aufgearbeitet und andererseits seien in einem Raum speziell die Kinder angesprochen worden. Dafür müssten jeweils Mittel einkalkuliert werden.

Stadtrat Bühler (FWG) spricht die Besucherstruktur des Museums an. Er bittet darum, die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre gelegentlich noch nachzuliefern.

Er geht davon aus, dass für die neu geschaffene Marketingstelle eine Stellenbeschreibung vorhanden sei. Es sei ihm wichtig, dass diese Stelle in das gesamte Stadtmarketingkonzept hineinpasste. Er bitte, ihm diese Stellenbeschreibung zukommen zu lassen.

Die Leiterin der Hauptabteilung Kultur, Frau Mann, teilt mit, die Entscheidung über die Stellenbesetzung sei schon gefallen. Dem großen Thema "Marketing Ulm" komme man nicht in die Quere. Natürlich sei man dann auch mit den Kultureinrichtungen im Gespräch, damit dies ineinander greife. Eine genaue Aufgabenbeschreibung liege noch nicht vor, weil erst ein Konzept entwickelt werden müsse.

Auf Frage von Stadträtin Schanz (SPD) bestätigt sie, dass es sich um ein neues Aufgabengebiet handle. Man mache natürlich auch Öffentlichkeitsarbeit für die Projekte für die ihre Abteilung federführend sei. Es gehe bei dieser Stelle aber darum, die Klammer für alles das zu sein, was man für die Bürgerschaft und die Auswärtigen zu bieten habe.

Oberbürgermeister Gönner spricht an, die neue Mitarbeiterin für das Kulturmarketing im Rahmen einer Sitzung vorzustellen. Kulturmarketing sei aber nicht Stadtmarketing. Eine Stadtmarketingaktion richte sich nicht an die Region, sondern nach weit außerhalb. Der Gemeinderat habe dazu beschlossen, das Münsterturmjubiläum 2015 vorzubereiten.

Das Internationale Donaufest werde zusammen mit der Stadt Neu-Ulm veranstaltet. Nachfragen hätten ergeben, dass Neu-Ulm beim zweijährigen Rhythmus bleiben wolle. Bei der gemeinsamen Sitzung des Ulmer Gemeinderats und des Neu-Ulmer Stadtrats am 24. Januar 2012 sei das Donaufest 2012 auch ein Tagesordnungspunkt. In diesem Rahmen oder bei anderer Gelegenheit könne man gerne über den Rhythmus reden. Er teile die Meinung von Neu-Ulm, dass der zweijährige Rhythmus sinnvoll sei.

Die jungen Menschen könnten sich überall treffen, so lange sie nicht auf die Nerven fielen durch Geräuschkulissen oder das An- und Abfahren. Und zweitens, wenn in den Räumlichkeiten, in denen gefeiert werde, die Sicherheit für alle Besucher gegeben sei.

Stadtrat Kontzinos (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass bei den Ausgaben der Stadtbibliothek die Beträge für den Gebäudeunterhalt gegenüber den Vorjahren deutlich gestiegen seien. Auch beim Museum sei dies so. Da beim Stadtarchiv genau das Gegenteil der Fall sei, bitte er darum dies zu erläutern.

Der Leiter der Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung, Herr Eh, verweist hierzu auf die in Anlage 5 zum Haushaltsplanentwurf 2012 aufgeführten Einzelmaßnahmen des Bauunterhalts. Diese variierten von Jahr zu Jahr. Im nächsten Jahr seien dies auch Maßnahmen bei der Stadtteilbibliothek Böfingen und im Kiechelsaal des Ulmer Museums. Beim Stadt-

archiv seien im letzten Jahr Unterhaltsmaßnahmen durchgeführt worden.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) will wissen, ob die Erhöhung um rd. 150.000 € bei der Kunsthalle Weishaupt die Zentrale Steuerung trage oder ob diese auf das Budget des Kulturhaushalts drücke.

Herr Eh antwortet, dass diese Erhöhung über Sonderfaktoren dem Fachbereich Kultur dauerhaft zur Verfügung stehe.

Erster Bürgermeister Czisch verdeutlicht, dass damals vereinbart worden sei, zunächst abzuwarten was die Kosten seien und diese dann ins Regelbudget zu übertragen. Es sei klar gewesen, dass die ersten zwei Jahre viele Leute kämen und sich dies dann normalisiere.

Oberbürgermeister Gönner hält ohne Widerspruch fest, dass der Teilergebnishaushalt Kultur dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen wird.

II. Teilfinanzhaushalt

Oberbürgermeister Gönner weist eingangs darauf hin, dass es sich bei diesen Investitionen im Wesentlichen um die Theatersanierung handle.

Weiter stellt er heraus, dass es unbestritten sei, dass man den Eingangsbereich des Ulmer Museums neu gestalten müsse. Er gehe davon aus, dass über diese Neugestaltung und die Kosten im Laufe des Jahres 2012 im Fachbereichsausschuss Kultur berichtet werde. Dann müssten Konsequenzen für die folgenden Haushaltsjahre gezogen werden.

Erster Bürgermeister Czisch bittet darum, im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Eingangsbereichs das Argument nicht mehr anzuführen, dass dann bestimmt mehr Leute ins Museum kämen. Dies sei schon bei den bisherigen Investitionen nicht so gewesen.

Im Übrigen seien die vorhin erwähnten Kennzahlen schon einmal erreicht worden und deshalb nicht unrealistisch.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle trägt nach, dass es beim Museum neben dem Eingangs- auch um den Sonderausstellungsbereich gehe.

Für Stadtrat Dr. Lang (CDU) ist es denkbar, den Sonderausstellungsbereich zu Lasten von Dauerausstellungsflächen auszuweiten.

Bürgermeisterin Mayer-Dölle sagt hierauf, Frau Dr. Holthuis werde ihre Überlegungen zunächst mit dem Museumsteam abstimmen. Die Maßnahmen im Eingangs-, Sonder- und "Backstage"-Bereich müssten auf die Konzeption abgestimmt sein. Dann könne man im Herbst 2012 mit Herrn Bürgermeister Wetzig ins Gespräch kommen mit dem Ziel, 2013 eine kleine und ab 2014 die großen Maßnahmen durchzuführen.

Oberbürgermeister Gönner gibt noch zu bedenken, dass das "Theater auf der Wilhelmsburg" auch der besonderen Situation bei der Theatersanierung geschuldet gewesen sei. Eine so lange Zeit sei das Theater dort in Zukunft nicht vorgesehen. Sondern wie bisher mit

ein oder zwei Stücken, die es sowieso im Programm habe. Wenn man dann eine bessere Erschließung habe, werde man auch das Thema angehen, dass Andere dort hinaufgehen könnten. Es gehe aber um keinen zusätzlichen Intendanten, kein zusätzliches Budget und keinen zusätzlichen Apparat für ein Wilhelmsburg-Festival. Dort oben auf Dauer eine ständige weitere Bühne einzurichten, sei nicht sehr realistisch.

Stadträtin Malischewski (FWG) betont, sie stimme dem zu. Denn man saniere für über 20 Mio. € das Theatergebäude und man müsse dafür Sorge tragen, dass das Haus voll werde. Wenn man dann noch Geld habe, investiere man dies in neue Stühle. Denn die Besucher wären dankbar dafür, wenn sie nicht mehr auf diesen durchgesessenen Stühlen ausharren müssten.

Oberbürgermeister Gönner stellt ohne Widerspruch fest, dass der Teilfinanzhaushalt Kultur dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen wird.

III. Zuschussverzeichnis

Nachdem hierzu seitens der Ausschussmitglieder das Wort nicht ergriffen wird, stellt Oberbürgermeister Gönner ohne Widerspruch fest, dass das Zuschussverzeichnis dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen wird.

OB, BM 1 (2), BM 2, BM 3, R 2, C 2, GPR, ZS/P, OV (8), AR, BI, KA, MS, MU, SH,TH, GM, ZS/F, RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt
des Gemeinderats
vom 30. November 2011

öffentlich

§ 374

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2012 für den
Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 30. Dezember 2011 (§ 376) aufgeführt.

Eingangs erläutert Erster Bürgermeister Czisch die Änderungsliste (GD 904/11) und geht hier auf den "Pakt für Familien mit Kindern" ein. Anschließend weist er auf den Stellenplan (GD 906/11) hin.

Stadtrat Dörfler (CDU) legt dar, es sei erfreulich, dass man jetzt 4 Mio. € vom Land für die Kinderbetreuung bekomme. Man habe für die Finanzierung der Kindergartengebühren die Grundsteuer B vorübergehend erhöht. Er erinnert daran, dass die CDU-Fraktion den Antrag gestellt habe, wenn die Zuschüsse vom Land kommen, dann die Erhöhung der Grundsteuer B wieder zurückzunehmen.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Gönner, macht deutlich, dass man diesen Antrag nicht vergessen habe, aber er zur Zeit gegenstandslos sei, weil man immer noch 20 Mio. € aus dem Haushalt für den Kindergartenbereich zuschieße.

Erster Bürgermeister Czisch empfiehlt jetzt keine voreiligen Konsequenzen zu ziehen. Die Ausgabenseite sei immer noch offen. An der Geschäftsgrundlage zur Neuordnung der Gebühren im Kindergartenbereich habe sich nichts geändert.

Oberbürgermeister Gönner ergänzt, dass das Land mehr Geld für den Betrieb von Kindertagesstätten gebe. Geschäftsgrundlage sei aber, dass der Elternanteil 20 % betrage. In Ulm betrage der Elternanteil z. Zt. aber nur 16 %. Eigentlich müsste man von den Eltern einen höheren Beitrag verlangen. Ulm entlaste die Eltern, indem die Solidargemeinschaft der Ulmer Bürgerschaft über die Grundsteuer einen Beitrag leiste.

Stadträtin Kühne (SPD) merkt an, im Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt sei es nicht so, dass man mit mehr Geld auch Besseres machen könne. Es sei vielmehr so, dass man mit großer Sorgfalt und Qualität unter Umständen gar nicht mehr Geld ausgeben müsse. Man könne z.B. eine teure Kreuzung mit falscher Ampelschaltung ruinieren. Ein scheußliches Gebäude koste unter Umständen genauso viel wie ein gutes Gebäude. Dies sei der Vorteil dieses Fachbereichs. In Ulm werde meistens sehr gute Arbeit geleistet, gerade was das Sichtbare und Gestalterische anbelange. Deshalb gehe es gar nicht so sehr ums Geld, sondern um genaues Hinschauen.

Stadtrat Bühler (FWG) legt dar, im Oktober habe er im Gemeinderat vorgebracht, dass der Haushalt eine hervorragende Basis für eine solide Arbeit in Ulm biete. Man habe solide Ziele, die man - wie immer - intensiv begleiten werde. Deshalb sei es wichtig, sich jetzt auf den Haushaltsplan und die Mittelfristige Finanzplanung zu konzentrieren.

Bürgerbeteiligung

Stadträtin Kühne (SPD) erinnert an die Volksabstimmung vom Sonntag. Hier sei eine der wichtigsten Entscheidungen für Ulm gefällt worden. Wenn dies "schief gegangen" wäre hätte man heute daheim bleiben können. Zum Glück sei es nicht "schief gegangen".

Bemerkenswert fand sie die Beteiligung der Bürger. Dies ermutige einen auf diesem Weg weitermachen. Es werde die weitere Diskussion um den City-Bahnhof erleichtern.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) widerspricht der Aussage, dass, wenn es am Sonntag "schief gegangen" wäre man dann heute zu Hause bleiben hätte können. In Ulm gebe es außer Stuttgart 21 viele andere Themen, die man besprechen müsse. Die führenden Sozialdemokraten in Ulm seien vehement gegen die Volksabstimmung gewesen. Die Volksabstimmung sei ein Gewinn für die Demokratie und die Bürgerbeteiligung gewesen.

Stadtrat Bühler (FWG) führt an, der Verkehrsplan spiele eine sehr große Rolle in Ulm. Der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) gehe jetzt in die Bürgerbeteiligung und sei eines von drei Bürgerbeteiligungsprojekten, neben der Straßenbahn und dem City-Bahnhof.

Stadtrat Dörfler (CDU) legt dar, dass er Stadträtin Kühne bezüglich der Aussagen zu S 21 dankbar sei. Im Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt gehe es um die Zukunft der Stadt. Man bedanke sich deshalb auch bei den Bürgern der Region Oberschwaben und dem Alb-Donau-Kreis, die am Sonntag für S 21 gestimmt haben. Die Neubaustrecke Stuttgart - Ulm und der neue Bahnhof Ulm sei eine deutliche Aufwertung für Ulm. Ulms Oberbürgermeister Ivo Gönner habe vorbildlich für die Stadt Ulm und ihre Bürger gekämpft. Die Gewinner dieses Vorhabens seien die Jugend und die kommenden Generationen.

(Beifall)

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) macht deutlich, S 21 hänge sehr wohl mit Ulm zusammen. Ein City-Bahnhof ohne S 21 und die Schnellbahnstrecke hätte man sich abschminken können. Für Ulm bedeute der City-Bahnhof eine wichtige Anbindung an den Flughafen und die Stuttgarter Messe.

Stadtrat Keppler (CDU) merkt an, bei der Bürgerbeteiligung zum Straßenbahnausbau seien bei der Trassenbegehung viele gute Ideen gesammelt und entwickelt worden.

Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt

Zentrales Gebäudemanagement

Schulreinigung

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) beantragt, eine gemeinsame Sitzung der beiden betroffenen Fachbereichsausschüsse für das Frühjahr 2012.

Bürgermeister Wetzig legt dar, dass hier der Bestellerausschuss und der Dienstleistungsausschuss sich zusammensetzen müssen. Wenn der Standard nicht gefalle, dann müsse der Bestellerausschuss mehr Geld zur Verfügung stellen.

Oberbürgermeister Gönner merkt an, dass man bis zum Gemeinderat hier sagen müsse, woher das Geld für die zusätzliche Reinigung kommen solle.

Sanierung Schulen

Stadtrat Keppler (CDU) fragt nach dem Stand der Sanierung der Grundschule Söflingen.

Oberbürgermeister Gönner führt aus, dass die Hauptschule zum Schuljahr 2012/2013 hier ausziehen werde. Erst wenn dies erfolgt sei, könne man hier weiter planen. Es sei aber hier keine Planungsrate erforderlich, da hier die Maßnahme in städtischer Regie gemacht werde.

Verwaltungsgebäude

Stadtrat Dörfler (CDU) bringt vor, die CDU-Fraktion habe bereits mehrfach vorgebracht, dass ein großes Verwaltungsrathaus fehle. Die Verwaltung müsse prüfen, ob dieses zentrale Verwaltungsgebäude möglich sei.

Plätze

Stadtrat Eichhorn (FWG) spricht die Absperrung des Platzes vor der Meinloh-Halle an. Diese Maßnahme habe nichts mit Verkehrssicherheit zu tun. Vielmehr wäre es ausreichend gewesen vor dem Pfarrhaus einen "Pfofen" zu installieren.

Der Leiter des Zentralen Gebäudemanagements, Herr Michnick, sagt, dass das Ziel und der Zweck mit der durchgeführten Maßnahme erreicht worden sei. Man werde aber der Sache nochmals nachgehen.

Schließfächer

Stadträtin Kühne (SPD) spricht Schließfächer in der Stadt an. Diese könnten evtl. in Parkhäusern untergebracht werden. Es sei wichtig, dass dieses Angebot da sei. Die Schließfächer müssen überwacht und sicher sein. Schließfächer nur am Bahnhof seien nicht ausreichend.

Bürgermeister Wetzig macht deutlich, dass am Rathaus, dort wo die ganzen Fahrradtouristen ankommen, ein "Radhaus" errichtet wurde. Man werde die Erfahrungen mit Schließfächern darlegen.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Erweiterung Feuerwehrhaus, Gemeindesaal Donaustetten

Stadtrat Walter (CDU) möchte hier Ausführungen zum Zeitplan.

Der Ortschaftsvorsteher von Gögglingen/Donaustetten, Herr Mendler, bringt vor, dass man in der letzten Ortschaftsratssitzung die Planung beraten habe und eine externe Vergabe erfolgt sei. Man werde jetzt weitere Gespräche führen und sei mit der Finanzverwaltung zur Übereinstimmung gekommen, dass hier, wenn erforderlich, etwas über den Nachtrag gemacht werden könne.

Der Leiter der Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung, Herr Eh, erläutert, dass dieses Vorhaben, die drei Punkte, energetische Sanierung, Erweiterung Feuerwehrhaus und Sanierung Gemeindesaal, beinhalte. Man werde im Hauptausschuss und im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt die erforderlichen Beschlüsse voraussichtlich noch vor der Sommerpause 2012 einholen und dann, wenn erforderlich, über den Nachtrag arbeiten.

Stadtplanung, Umwelt, Baurecht

Lärm- und Klimaschutz

Stadträtin Kühne (SPD) spricht das Aktionsbündnis FahrRad an. Radfahren werde ein zunehmend wichtiges Thema. Hier habe man das Wissen der Betroffenen genutzt. Man müsse davon ausgehen, dass man nicht mit einer Klimaerwärmung von 2° C rechnen müsse, sondern evtl. mit 6 °C. In letzter Zeit habe man dieses Thema etwas auf die Seite geschrieben.

Die Bahntrasse Stuttgart - Ulm sei nicht nur ein Thema zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes, sondern auch ein Klimathema.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) spricht die Klimakonferenz in Durban an. Man habe sehr große Probleme mit der Klimaerwärmung. Die Luft sei zu einer "Mülldeponie" gekommen.

Man habe den gesellschaftlichen und politischen Konsens aus der Atomenergie auszusteigen. Diese Energiewende müsse man auch vor Ort aktiv begleiten.

Stadtrat Keppler (CDU) legt dar, beim Klimaschutz und Lärmschutz habe ihm Stadträtin Kühne aus dem Herzen gesprochen.

Beim Lärmschutz, Klimaschutz, Sauberkeit und Verkehr könnten die Bürger mit kleinen Maßnahmen einen großen Beitrag leisten z.B. mit angepasster Geschwindigkeit in Wohngebieten oder Aufsammeln von Laub und Unrat vor dem eigenen Haus.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) ist der Ansicht, dass der Atomausstieg die Klimaproblematik verschärfen werde.

Stadträtin Weinreich (GRÜNE) merkt an, die Energie und der Klimaschutz seien große Themen der Grünen. Die kommunalen Spitzenverbände haben systematisches Energiemanagement als eine kommunale Pflichtaufgabe benannt. Allerdings laufe derzeit alles nur auf freiwilliger Basis. Man rege an, dass die Stadt Ulm kommunalpolitische Rahmenbedingungen schaffe, die eine Umsetzung der Klimaziele beschleunigen könnten. Gerade im Baubereich könne viel für die Einhaltung der Klimaziele getan werden. Dies könnte z.B. eine Energieeffizienzstrategie sein, in die auch Unternehmen mit eingebunden werden. Dazu gehöre auch der "Stromspar-Check" der Caritas. Bei der Initialberatung zur Annahme von Beratungs- und Fördermöglichkeiten für Betriebe und gewerbliche Einrichtungen sehe man einen sehr großen Handlungsbedarf. Auch eine Möglichkeit wäre das "Mini-Contracting" als Angebot für einkommensschwache Haushalte. Hier werde "weiße Ware" zur Verfügung gestellt und über Contracting-Verträge gegenfinanziert.

Die Einbettung des Themas in die Bauleitplanung sei ganz wichtig. Hier sei man schon mal mit dem "Ulmer Energiestandardmodell" ganz gut gewesen. Hier habe man aber nicht an die verschärfte EnEV 2009 angepasst. Dies sei ein regelrechter Rückschritt gewesen. Mit der EnEV 2012 erfülle man gerade noch den Mindeststandard. Man fordere wieder eine Unterschreitung der gültigen EnEV um 30 % und dass dies auch bei der Vergabe von gewerblichen Grundstücken zur Auflage gemacht werde.

Bisher wurde bereits ein Programm für den Einbau hocheffizienter Beleuchtungstechnik abgerufen.

Zu guter Letzt sollte man bei diesen ganzen energieeffizienten Maßnahmen bedenken, dass hier ein ganzheitliches Denken dazu gehöre. Bei einer energetischen Sanierung sollten ganze Quartiere in all ihren Facetten betrachtet werden.

Oberbürgermeister Gönner legt dar, die "Einkommensschwachen" seien durch die Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH und Ulmer Heimstätte abgedeckt. Da werde der Stromcheck vom Vermieter gemacht. Das Hauptproblem liege bei den privat vermieteten Wohnungen. Dies sei aber zunächst Aufgabe des Vermieters. Es sei ein überkommenes staatliches Verhaltensbild, wenn jetzt gefordert werde, dass die Stadt eine riesen Maschine anwerfen müsse. Er könnte sich ein Programm vorstellen, bei dem alte Energieschleudern, wie z.B. Kühlschränke oder Waschmaschinen ersetzt werden und jeder dafür, egal ob arm oder reich, eine Prämie bekomme. Alles andere sei mit zu viel Verwaltungsaufwand verbunden.

Bürgermeister Wetzig stellt bezüglich des Energiethemas dar, dass in Ulm nicht so großer Bedarf für neue Rahmenbedingungen und Konzepte vorhanden sei. Bei der Energiepolitik sei man in Ulm landesweit und darüberhinaus spitze. Man habe hier jede Menge Akteure und man sei sehr erfolgreich. Man sei in Ulm bei der Solar-Bundesliga und auch beim European Energy Award spitze. Auch bei der energetischen Sanierung der städtischen Gebäude spiele man ganz vorne mit. Andere Städte und Regionen könnten sich beim Thema Klimaschutz hier von Ulm eine Scheibe abschneiden. Man berate jedes Jahr über das Thema im Fachbereichsausschuss.

Stadträtin Weinreich (GRÜNE) ist auch der Ansicht, dass man hier in Ulm sehr viel gemacht habe, aber man dürfe sich jetzt nicht zurücklehnen. Man habe aber keine Programme, bei denen einkommensschwache Haushalte und Gewerbebetreibenden und Unternehmen einbezogen werden.

Stadträtin Kühne (SPD) stellt heraus, beim Lärmschutz habe sich gezeigt, dass hier auch nicht unbedingt viel Geld investiert werden müsse. Man habe hier das Fensterprogramm verabschiedet, das einen die nächsten fünf Jahre begleiten werde. Beim Lärmschutz und Feinstaub könne man unter Umständen mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung viel erreichen.

Wohnungsbau

Stadträtin Kühne (SPD) bringt vor, dass das Programm, das jetzt die Landesregierung aufgelegt habe, in seiner Wirksamkeit für Ulm untauglich sei. Man müsse trotzdem am Thema Wohnbau dran bleiben. Man habe letztes Jahr die Wohnungsbaudebatte geführt und hier die wesentlichen Punkte festgelegt. Man brauche deshalb jetzt keine weitere Wohnungsbaudebatte. In Ulm habe man eine Grundstückspolitik, die es vermeide, dass die Preise in die Höhe getrieben werden. Die Ulmer Liegenschaftspolitik sei die Grundlage für die gute Ulmer Wohnungspolitik. Beim städtischen Wohnungsbau verlasse man sich auf die Ulmer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft.

Stadträtin Weinreich (GRÜNE) merkt an, sie habe im vergangenen Jahr bei jeder Gelegenheit das Thema "Wohnungswesen" angesprochen und habe einen Antrag zur Einstellung von Geldern aus dem Haushalt für den sozialen Wohnungsbau gestellt. Jetzt gebe es ein neues Wohnungsbauförderprogramm des Landes. Man wisse aber, dass dies für Ulm nicht geeignet sei. Es gebe einen Paradigmenwechsel. Es solle mehr Mietwohnraum anstelle des Wohneigentums gefördert werden und es solle energetische Sanierungen gefördert werden. Da die Förderart weiterhin durch zinsverbilligte Kapitaldarlehen erfolgen werde, sei das Programm für Städte wie Ulm nicht attraktiv. Man sei nach wie vor der Meinung, dass die Ulmer Grundstückspolitik und die Arbeit der UWS und Ulmer Heimstätte nicht ausreichend sei, um den Bedarf in Ulm zu decken. Allerdings habe man auch begriffen, dass der politische Wille, weitere Initiativen zu ergreifen, aktuell in Ulm nicht vorhanden sei.

Verkehrsplanung, Straßenbau, Grünflächen, Vermessung

Baustellenmanagement

Stadträtin Kühne (SPD) macht deutlich, dass man beim Baustellenmanagement angemerkt

habe, dass man hier externe Hilfe brauche, weil dies ein sehr empfindlicher Bereich sei. Man habe das jetzt bei der B 10 in Angriff genommen.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) hält es für wichtig, ein Baustellenmanagement zu haben. Die Verwaltung habe die Probleme erkannt und werde sie jetzt auch angehen.

Stadtrat Dörfler (CDU) bittet darzulegen, ob die Baukapazität vorhanden sei, um alle geplanten Vorhaben im Baubereich realisieren zu können. Weiter bitte er darzulegen, ob die Kosten einhalten werden können. Er spricht hier kritisch die Kostensteigerung beim Theater an. Für die Abwicklung der Baumaßnahmen sei es, wie bereits mehrfach gefordert, wichtig, ein gutes Baustellenmanagement zu haben. Weiter möchte er wissen, ob das Personal ausreichend sei. Er danke der Bauverwaltung, die Vertrauensbasis sei nach wie vor vorhanden. Er schlage vor, Baumaßnahmen zu strecken, wenn die Kapazitäten an ihre Grenzen kommen. Er bitte laufend über die Kostenentwicklung im Baubereich zu berichten.

Bürgermeister Wetzig berichtet, dass man im Frühjahr einen Bericht im Fachbereichsausschuss zum Baustellenmanagement geben werde.

Die Generalsanierung des Theaters sei kein geeignetes Beispiel, um über die Kosteneinhaltung zu diskutieren. Hier habe man einen sehr langen Sanierungszeitraum von acht bis zehn Jahren und es sei einfach nicht möglich, am Anfang die Kosten über solch einen langen Zeitraum genau überschauen zu können.

Er macht deutlich, dass es bei sehr vielen Baumaßnahmen Kostenunterschreitungen gebe. Dies werde auch bei der Feststellung der Schlussrechnungen im Fachbereich vorgelegt.

Verkehrsentwicklungsplan

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) merkt an, beim Verkehrsentwicklungsplan (VEP) werde es darum gehen, wie die Zusammensetzung des Modalsplitts verschoben werden könne. Hier werde man sich aktiv einbringen und aktiv gegen die Durchleitung von Verkehren durch Baugebiete (Lettenwald) kämpfen. Man werde auch bei der Friedrich-Ebert-Straße am Bahnhof dafür kämpfen, dass hier der Verkehr auf zwei Spuren reduziert werde. Man spreche sich ebenfalls gegen den Ausbau der dritten Spur beim Mittleren Ring aus. Sinnvoller sei es, die Kreuzungsbereiche hier auszubauen. Man werde diese Themen beim VEP aktiv einbringen.

Stadtrat Keppler (CDU) legt dar, beim Verkehrsentwicklungsplan habe er bereits mehrfach den Durchstich vom Blautal zum Donautal vorgebracht. Wenn die Sanierung der Adenauer Brücke komme, müsse man dafür sorgen, dass hier eine Entlastung für den Verkehr bekomme. Die kleine Sperrung an der Kreuzung Schillerstraße / Zinglerstraße habe sehr viel Stau hervorgerufen. Deshalb sei es wichtig, wenn man solche wesentlichen Unterhaltungsmaßnahmen mache ein funktionierendes Baustellenmanagement zu haben.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) ist der Ansicht, die Tangente habe nur Sinn, wenn man hier schneller vorankomme, als wenn man die Strecke durch die Stadt benutze. Deshalb sei es naiv zu glauben, dass auf der Tangente Tempo 50 etwas bringe. Vielmehr sei wichtiger, die Tangente zu ertüchtigen.

In Böfingen werde man noch ein Fiasko erleben, für den Fall, dass das Baugebiet "Lettenwald" nicht an die B 19 angebunden werde.

Sanierung der Karlstraße

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) bringt vor, dass hier zugesagt wurde, im Frühjahr 2011 über die Zeitschiene zu diskutieren. Bis jetzt sei nichts passiert. Heute möchte sie daran erinnern, einen Zeitplan für die Sanierung der Karlstraße vorzulegen.

Stadtrat Bühler (FWG) merkt zur Entwicklung in der Karlstraße an, man habe letztes Jahr hier den Rahmenplan diskutiert. Die Verwaltung müsse jetzt prüfen, ob man als Zeichen an die Bewohner nicht am unteren Ende der Karlstraße, dort wo die FUG keine Arbeiten durchführen müsse, mit der Maßnahme beginnen könne.

Bürgermeister Wetzig merkt an, dass die Terminplanung hier nicht einhalten werden konnte. Dies habe konkrete sachliche Gründe. Nachdem man in die konkrete Planung eingestiegen sei, habe sich gezeigt, dass die Maßnahme nach dem Plan des Architektur-/Stadtplanungsbüro *pp a/s* (Prof. Pesch & Partner Stuttgart) in der Umsetzung deutlich teurer werde als zuvor kalkuliert wurde. Dies hing damit zusammen, dass man, als man in den Untergrund ging, sehen musste, dass sich dort, wo die geplanten Standorte für die Bäume seien, sich sämtliche Leitungen befinden. Dadurch wären die Kosten auf über 10 Mio. € gestiegen. Dann habe man intern die Notbremse gezogen und man sei jetzt dabei Umplanungen zu machen, um das Vorhaben mit verträglichen Kosten umsetzen zu können. Diese Kosten werden jedoch auch über den ursprünglich geplanten Kosten liegen.

Die Maßnahme in der Karlstraße sei keine isolierte Maßnahme. Sie müsse in enger Koordination mit anderen Baumaßnahmen gesehen werden, wie z.B. der Maßnahmen der FUG oder den Vorhaben am Kreuzungsbereich Neutorstraße / Karlstraße. Diese ganzen Punkte haben jetzt dazu geführt, dass man die Planung überarbeiten müsse. Man habe jedoch noch kein Ergebnis vorliegen. Es sei geplant, im Frühjahr 2012 die überarbeiteten Pläne dem Ausschuss vorzulegen.

Stadtrat Pflüger (SPD) beantragt, auch als Zeichen für die Bürger in der Karlstraße, mit "Farbe und Kübelpflanzen" hier schon einmal zu beginnen.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) regt an, in der Zwischenzeit die angesetzten Gelder für die Ertüchtigung der Tangente einzusetzen.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) findet es wichtig, dass man solch wichtige Informationen während des Jahres bekomme.

Straßenunterhalt Schlossergasse / Ochseingasse

Stadtrat Eichhorn (FWG) und Stadtrat Bühler (FWG) sprechen den Straßenunterhalt an. In Söflingen müssen die Schlossergasse und die Ochseingasse hergerichtet werden.

Der Leiter der Hauptabteilung Verkehrsplanung und Straßenbau, Grünflächen, Vermessung, Herr Feig, legt dar, dass hier Gespräche vor Ort stattgefunden haben. Das Problem sei, dass

diese beiden Straßen eigentlich im Sanierungsgebiet enthalten gewesen seien. Man konnte sie aber nicht mehr fertigstellen. Diese Maßnahme sei jetzt in der "Rosa Liste" aufgelistet.

Oberbürgermeister Gönner sagt zu, dass man das Thema prüfen werde.

Bürgermeister Wetzig bringt vor, dass in den nächsten drei Jahren diese Maßnahme realisiert werde.

Radwege

Stadträtin Münch (CDU) spricht den Radweg Böfinger Steige an. Man bitte, dass diese Maßnahme in der Mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt werde. Der Wunsch der Böfinger sei, dass dieser Radweg weitergebaut werde.

Bürgermeister Wetzig legt dar, dass man nächstes Jahr über die Radwege im Rahmen des Radaktionsplans diskutiere. Die Notwendigkeit hier so rasch als möglich weiter zu machen, sehe auch die Verwaltung.

Stadtgrün

Stadtrat Bühler (FWG) bringt vor, bei der Gestaltung der Stadt habe man einen guten Bericht zur Friedrichsau und den Glacisanlagen gehört. Man stelle sich vor, dass man bei der Durchgrünung der Stadt mit relativ wenig Mitteln weitere Zeichen setzen könne.

Ortschaften

Stadtrat Bühler (FWG) beklagt, dass die Ortschaften zu wenig Bewirtschaftungsmittel für den Grünunterhalt haben. Das Straßenbegleitgrün sei sehr teuer. Man beschließe immer neue Baugebiete, die Mittel werden aber nicht angepasst. Man müsse sich hier eine gerechte Weiterverteilung der Mittel einfallen lassen.

Erster Bürgermeister Czisch legt dar, dass man jedes Jahr mit den Ortsvorstehern Gespräche führe. Bisher habe man hier immer rund 100.000 € zusätzlich zur Verfügung gestellt, damit hier priorisierte Maßnahmen auf den Weg gebracht werden können. Er empfehle, jetzt mit allen Ortschaften zusammensitzten und die Prioritäten auszuarbeiten. Dies sei ein pragmatischer Vorschlag.

Feldwege

Stadtrat Walter (CDU) legt dar, dass die Feldwege schlecht seien. 40.000 € für alle Ortschaften zusammen, sei viel zu wenig, um dieses Thema abzarbeiten. Er fordere, dass man den Zustand der Wege erfasse und ein Konzept für deren Sanierung ausarbeite.

Auch Stadtrat Bühler (FWG) bemängelt, dass die Mittel für die Feldwege zu gering seien.

Bürgermeister Wetzig merkt an, dass es richtig sei, dass man das Thema der Feldwege lange nicht intensiv genug betrachtet habe. Man werde jetzt den Zustand erfassen und mit den Ortschaften besprechen und dann ein Programm aufstellen und dann, wenn erforder-

lich, Geld umschichten.

Stadtrat Keppler (CDU) gibt zu bedenken, dass die Feldwege verschiedene Nutzungen, auch gewerbliche, haben.

Stadtrat Dörfler (CDU) legt kritisch dar, dass Grimmelfingen zu keiner Ortschaft gehöre, aber auch hier die Feldwege in einem sehr schlechten Zustand seien.

Oberbürgermeister Gönner macht deutlich, dass Grimmelfingen von Einsingen mit betreut werde.

Friedhofs- und Bestattungswesen

Stadtrat Bühler (FWG) bringt vor, dass jetzt diese Woche erfreulicherweise die erste Sitzung des Arbeitskreises Friedhofs- und Bestattungswesen stattfinden werde.

Stadtrat Keppler (CDU) bemängelt, dass die Mauer am Hauptfriedhof abgerissen und durch einen Maschendrahtzaun ersetzt wurde. Auch der Gehweg sei halbiert worden. Er beantrage, dass hier eine vernünftige Lösung gefunden werde.

Stadträtin Malischewski (FWG) möchte wissen, ob bei den 3,5 Mio. € auch Mittel für den Eingangsbereich enthalten seien.

Bürgermeister Wetzig merkt an, dass die Friedhofsmauer eine "grüne Mauer" werden solle.

Der Leiter des Zentralen Gebäudemanagements, Herr Michnick, ergänzt, dass dies ein Zwischenstand gewesen sei. Der Gehweg werde wieder in seiner alten Breite hergestellt.

Stadtrat Keppler (CDU) bittet, wenn solche wesentlichen Maßnahmen durchgeführt werden, dass der Fachbereichsausschuss eingebunden werde.

Er spricht die Toiletten im Hauptfriedhof an. Diese können nicht warten, bis das Gesamtkonzept umgesetzt werde.

Bürgermeister Wetzig legt dar, bezüglich des Friedhofseingangs sei noch nichts vorgesehen. Jetzt werde der Arbeitskreis Friedhofs- und Bestattungswesen seine Arbeit aufnehmen. Im Lichte der Ergebnisse werde man die Mittel neu diskutieren müssen.

Stadtreinigung

Stadtrat Bühler (FWG) bereite, wie bereits letztes Jahr vorgebracht, die Stadtreinigung Sorge. Hier müsse man stärker fokussieren und innerhalb des Budgets umbauen.

Stadtrat Dörfler (CDU) bringt vor, dass die Stadt an machen Stellen sehr verschmutzt sei. Die Mitarbeiter der Entsorgungs-Betriebe können diese Arbeit allein nicht leisten. Kritisch bringt er an, dass dadurch, dass es neben der Stadt noch andere Anbieter der "blauen Tonne" gebe, der Stadt Ulm und somit den Bürgern bares Geld verloren gehe.

Stadträtin Malischewski (FWG) beantragt, den Konsolidierungsbetrag beim Regelzuschuss für die EBU für die Stadtreinigung (20.000 €) wieder herauszunehmen.

Dieser Antrag wird mit Stimmenmehrheit (bei 3 Ja- und 10 Nein-Stimmen)

abgelehnt.

Stadtrat Bühler (FWG) sieht es so, dass man das Reinigungsthema im Betriebsausschuss zu besprechen habe. Wenn man hier mehr machen wolle, dann müsse man mehr Geld zur Verfügung stellen.

Oberbürgermeister Gönner bekräftigt, dass bei den Haushaltsplanberatungen der Zahlenrahmen festgelegt werde. Im Fachbereich könne dann, wenn erforderlich oder gewünscht, Geld innerhalb des Budgets umgeschichtet werden.

Bürgermeister Wetzig macht deutlich, dass im Arbeitsprogramm 2012 für das 1. Halbjahr 2012 geplant sei, im Betriebsausschuss Entsorgung einen Bericht zur Stadtreinigung zu geben.

Personal

Bürgermeister Wetzig merkt an, man arbeite im Baubereich sehr viel mit externer Unterstützung, weil man die Spitzen im Bereich selber nicht auffangen könne. Dies bedeute aber auch einen großen Koordinierungs- und Steuerungsaufwand. Es sei schwierig, qualifiziertes Personal zu bekommen. Dies liege u.a. am Tarifsystem. Er spricht hier verschiedene Stellen aus dem Baubereich an. Man werde die beschlossenen Programme hinbekommen, aber man müsse auch sehen, dass hier alles "sehr auf Kante genäht" sei.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) merkt an, die nächste Konsolidierungsrunde stehe bereits vor der Tür. Sie fordere, dass hier nicht weiter am Personal gespart werden.

Oberbürgermeister Gönner macht deutlich, bei der nächsten Sparrunde gebe es wie immer die drei Möglichkeiten: Einnahmensteigerung, Ausgabenreduzierung oder Schuldenerhöhung.

Stadtrat Dörfler (CDU) legt dar, dass man bei den letzten Konsolidierungsrunden 50 bis 60 Stellen im Baubereich eingespart habe. Er stelle sich die Frage, wie es mit den Ausbildungsstellen bei der Stadt aussehe.

Erster Bürgermeister Czisch macht deutlich, dass man 100.000 € mehr für Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen werde. Jedoch sei es so, dass man Ingenieure, die sehr stark gesucht seien, bei der Stadt nicht ausbilden könne. Man setze auf Fortbildung. Geld sei aber auch nicht alles. Es gehe auch darum, zu überlegen, ob nicht eine Anerkennungskultur wichtig wäre.

Der Hauptabteilungsleiter Verkehrsplanung und Straßenbau, Grünflächen, Vermessung, Herr Feig, legt dar, dass man im Fachbereich einen Versuch gestartet habe, Ingenieure für den gehobenen technischen Dienst zu aktivieren. Man bilde hier aktuell zwei Mitarbeiter

aus.

Oberbürgermeister Gönner hält es auch für wichtig, dem Personal den Rücken zu stärken, auch aus der Mitte des Gemeinderates.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) bittet, bei künftigen Haushaltsplänen mehr Erläuterungen (z.B. Seite 348) anzubringen.

Erster Bürgermeister Czisch sagt dies zu.

Zuschussverzeichnis

5540-750 Landschaftsschutz - Bund für Umwelt- und Naturschutz Betriebskostenzuschuss

Stadtrat Keppler (CDU) bringt vor, dass man beantrage, diesen Zuschuss zu streichen und den Betrag der Solarstiftung zur Verfügung zu stellen. Man stelle die Arbeit des BUND Ulm nicht in Frage, man habe aber die Befürchtung, dass der Zuschuss zweckentfremdet wurde und für Aktionen gegen Stuttgart 21 verwandt wurde.

Stadtrat Eichhorn (FWG) stellt dar, dass man sehr enttäuscht gewesen sei, dass die Vorsitzende des BUND Baden-Württemberg, Frau Dahlbender, als Sprecherin des "Aktionsbündnisses gegen S 21" massiv gegen Ulm agiert habe. Man habe lange diskutiert, sei jetzt aber zur Entscheidung gekommen, zur Normalität zurückzukehren und den Zuschuss stehen zu lassen. Auch deshalb, weil der BUND in Ulm gute Arbeit leiste.

Bezüglich Stuttgart 21 hält er fest, dass hier der gesunde Menschenverstand gewonnen habe. Der Bürger wisse sehr gut, was gut für ihn sei. Man wolle jetzt wieder zur Normalität zurückkehren und wolle das Beste für die Stadt. Man nehme deshalb vom Antrag, diesen Zuschuss zu streichen, Abstand.

Oberbürgermeister Gönner macht deutlich, dass es sich hier um den Betriebskostenzuschuss für die Geschäftsstelle des BUND Ulm handle. Er empfehle jetzt allen, einen Schlusstrich zu ziehen. Da gehöre auch dazu, dass sich die GRÜNEN darüber Gedanken machen, wie sie versucht haben, die anderen Fraktionen in eine Ecke zu stellen. Er rate hier zu einem Schuss Demut. Vielleicht müsse man hier Aufräumarbeit auch von Seiten der GRÜNEN betreiben. Es sei ein gutes Zeichen, dass jetzt der Zuschuss weiter gewährt werde.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) hält es für abwegig, wenn jetzt der Betriebskostenzuschuss aus den genannten Gründen gestrichen werde.

Die GRÜNEN-Fraktion sei einer großen Koalition von vier Fraktionen gegenüber gestanden, die seit 1 ½ Jahren Politik gegen die GRÜNEN-Fraktion betrieben haben. Sie werde häufig von außen gefragt, wie die GRÜNEN-Fraktion die Ausgrenzung im Gemeinderat ertragen könne. Es sei ein großes Anliegen der GRÜNEN-Fraktion, dass die Zusammenarbeit und die Stimmung im Gemeinderat wieder auf ein normales Maß gebracht werden. Sie hätte heute von sich aus S 21 nicht angesprochen. Die GRÜNEN-Fraktion wolle gute Sacharbeit machen.

Stadträtin Weinreich (GRÜNE) legt dar, dass die Demut das eine Thema sei, das Nachtretten

sei aber das Andere. Man erwarte auch von der anderen Seite Entgegenkommen.

Oberbürgermeister Gönner führt aus, dass das ganze Dilemma im Oktober 2010 begonnen habe und sich bis heute fortgesetzt habe. Jetzt sei es wichtig aufzuräumen, und er sehe hier große Bereitschaft auf allen Seiten. Die große Mehrheit des Gemeinderats habe die große Mehrheit in der Bevölkerung wieder gespiegelt. Es sei nicht schlimm, wenn man sich jetzt von Seiten der GRÜNEN dies eingestehen müsse.

Für Stadtrat Dörfler (CDU) gehört Streiten zur guten Demokratie. Außerhalb der Stadt sei es aber wichtig, dass alle Ulmer als Ulmer auftreten. Dahin müsse man wieder zurückkehren.

Der Teilergebnis- und der Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bau und Umwelt werden, Widerspruch wird nicht erhoben, dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, C 3, VGV (4), SUB (4), FR, GM, FW, Fachbereichspersonalrat, ZS/P, OV (8), ZS/F (3), RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung

des Hauptausschusses

des Gemeinderats

vom 30. November 2011

öffentlich

§ 376

Entwurf der Haushaltssatzung des Haushaltsplanes 2012

- Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für die Bereiche Oberbürgermeister, Zentrale Steuerung, Zentrale Dienste, Bürgerdienste und für die Allgemeinen Finanzmittel -
- Vorberatung des Gesamthaushalts einschließlich Personalaufwendungen und Stellenplan -
- weitergehende Anträge aus den Fachbereichsberatungen -

Beratungsgrundlage sind die:

1. GD 901/11 (Entwurf des Haushaltsplanes einschließlich Stellenplan 2012)
2. GD 903/11 (Vorbericht)
3. GD 904/11 (Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2012)
4. GD 905/11 (Liste der weitergehenden Zuschussanträge, die nicht im Zuschussverzeichnis 2012 berücksichtigt sind)
5. GD 906/11 (Beschlussvorlage der Zentralen Steuerung/Personal zum Stellenplan)
6. GD 909/11 (Übersicht zum Wachstums- und Impulsprogramm)
7. GD 910/11 (Übersicht zum Programm Bildungsoffensive)
8. GD 907/11 (Beteiligungsbericht)

Die Beratungsgrundlagen sind - soweit sie nicht der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 16. November 2011 (§ 75) beigelegt sind - Anlagen zu dieser Niederschrift.

Zu Beginn der Sitzung weist Erster Bürgermeister Czisch auf die Änderungsliste (GD 904/11) hin.

I. Bereich Oberbürgermeister

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Produktgruppe 1110-100 Gemeindeorgane

Stadträtin Kühne (SPD) macht deutlich, dass man sich irren könne. Von Bedeutung sei das Thema, wie die Gemeinderäte miteinander umgehen. Irren sei menschlich. Wichtig sei, in die Zukunft zu blicken. Ihre Fraktion sei bereit, wieder mit anderen Fraktionen Gemeinsamkeiten zu finden.

Produktgruppe 1114-130 Europabüro der Stadt Ulm

Stadträtin Kühne (SPD) ist stolz, dass man weitsichtig das Thema "Europa" (Europabüro der Stadt Ulm, Donaubeauftragter) angegangen sei. Europa funktioniere nicht, wenn es nur in Brüssel abgehandelt werde, sondern es müsse auch auf kommunaler Ebene etwas passieren. Sie verweist diesbezüglich auf die Entwicklungen in Ungarn und Rumänien.

Oberbürgermeister Gönner bemerkt, im Januar gebe es eine gemeinsame Sitzung mit Neu-Ulm. Da werde auch das Thema "Donaufest und Donauaktivitäten" behandelt werden. Die Donaustrategie sei verkündet worden und sei in den Mühlen des Tales angekommen. Die Stadt Ulm spiele hier in Abstimmung mit dem Land eine wichtige Rolle. Jetzt sei die Zeit des Schwarzbrottes.

Produktgruppe 1133-160 Liegenschaften/Allgemeines Grundvermögen

Stadtrat Joukov (GRÜNE) fragt nach dem Stand des Themas "Grunderwerb Hirschhalde". Er fragt, was stattdessen - falls es nicht realisiert werden könne - für den Naturschutz gemacht werde.

Ferner spricht er das Thema "Unterbringung der städtischen Dienststellen" (technisches Rathaus, Rochade der Dienststellen) an. Er fragt, ob es sinnvoll sei, im Gebäude der neuen SWU-Zentrale städtische Dienststellen, die kaum Publikumsverkehr haben, unterzubringen. Gut wäre eine räumliche Nähe zwischen Mitarbeitern der SWU und der Hoheitsverwaltung.

Herr Gumbold (Leiter des Sachgebiets Grundstücksverwaltung) sagt zu, die Frage zur Hirschhalde bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu klären.

Oberbürgermeister Gönner bemerkt, es werden verschiedene Vorschläge für die Unterbringung der städtischen Dienststellen gesammelt.

Stadträtin Kühne (SPD) bittet hierzu darzulegen, wie viel man in die städtischen Liegenschaften in den letzten Jahren investiert habe.

Stadtrat Bühler (FWG) bittet um Informationen über den aktuellen Verkehrswert hierzu.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) fügt an, auch anstehende Sanierungskosten sollen dargelegt werden. Ebenso die Mietkosten. Sie bittet um möglichst rasche Bearbeitung.

Stadträtin Malischewski (FWG) bemerkt, das Grundstück Postgasse/Ecke Sattlergasse stehe zum Verkauf an. Auch dies soll in die Überlegungen einbezogen werden.

Oberbürgermeister Gönner schlägt vor, zu diesem Thema eine eigene Hauptausschusssitzung einzuplanen. Hier sollen all die angesprochenen Fragen behandelt werden. Er erinnert an das Versprechen, das man den Mitarbeitern der Sattlergasse gegeben habe.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) bittet auszuweisen, welche Gebäude vom Denkmalschutz her barrierefrei umgebaut werden könnten. Ferner möchte er den Gesamtbüroraumbedarf der Verwaltung aufgestellt bekommen.

Oberbürgermeister Gönner erinnert in diesem Zusammenhang an die Diskussion vor 15 Jahren. Damals habe man angenommen, dass man künftig keine neuen Büros mehr brauche. Das sei eine falsche Einschätzung gewesen. Er berichtet über die aktuelle Situation bei der Ausländerabteilung aufgrund von Gesetzesänderungen.

Herr Häußler berichtet, dass zum 1. September 2011 der elektronische Aufenthaltstitel eingeführt worden sei. Die Folge sei, dass er 1 ½ Stellen mehr brauche.

Oberbürgermeister Gönner ergänzt, plötzlich stünden dort Massen Schlange. Das sei dann eine schlechte Visitenkarte für eine internationale Stadt.

Stadtrat Bühler (FWG) folgert, dass man deshalb flexible Büroräume baue.

Produktgruppe 1222-150 - Ortsverwaltungen

Stadtrat Ried (FWG) bittet im Hinblick auf die Dienstleistungszentren und Rathäuser in den Ortschaften um eine Aufstellung der Raum- und Personalkosten pro Vorgang. Er wolle sehen, wo effizient bzw. uneffizient gearbeitet werde. Daraus sollen Konsequenzen gezogen werden.

Oberbürgermeister Gönner entgegnet, die Dienstleistungszentren seien eingerichtet worden, um für jeden Bürger erreichbar zu sein. Ziel sei gewesen, dass die Verwaltung zum Bürger komme. Das Ausländerwesen werde zentral bearbeitet.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) bemerkt zum Thema "Ortschaften, Außenstellen" Folgendes:

Effizienz sei ein Argument dafür, das Ganze sein zu lassen. Ziel sei gewesen, Anlaufstelle vor Ort zu sein. Der Bürger sei ein Kunde, der gut bedient werden müsse.

Stadträtin Malischewski (FWG) betont, dass die Ortsvorsteher Sozialarbeit leisten. Wiblingen sei ein Stadtteil mit sehr bescheidenem Raumangebot.

Oberbürgermeister Gönner ist der Ansicht, dass Wiblingen diesbezüglich ein leuchtendes Vorbild sei.

Auf die Frage von Stadtrat Bühler (FWG) erläutert Herr Wegerer (Ortsvorsteher von Lehr und Mähringen) die geplanten Maßnahmen im Rathaus Mähringen. Es handle sich um Maßnahmen innerhalb des Ergebnishaushaltes.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) schlägt vor, in den Ortsverwaltungen die Postagentur zu integrieren.

Die Leiterin der Zentralen Dienste, Frau Gauß, legt dar, dass die Postagenturen normalerweise von Geschäften in den Ortschaften mitbetrieben werden. Das sei von den Ortsverwaltungen nicht leistbar.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt und das Zuschussverzeichnis des Oberbürgermeisters werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

Produktgruppe 5550-160 Forstwirtschaft

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) bringt vor, der Wald habe bisher ein positives Ergebnis erzielt, nach dem Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen stehe jetzt ein Minus davor. Der Wald sei jedoch ein CO₂-Speicher und habe großen Naherholungswert. Sie schlägt vor, mehr Bäume zu pflanzen. Man solle in Ulm schauen, wo man einen neuen Stadtwald anlegen könne. Ihre Wunschvorstellung sei ein Ring um die Stadt mit einem schönen großen Waldgebiet. Evtl. sei ein Start im Naturpark Örlinger Tal denkbar. Evtl. sollte man für jeden neugeborenen Ulmer einen Baum pflanzen. Eine Möglichkeit wäre auch ein Wald im Bayrischen drüben.

Herr Lemm (Leiter des Sachgebiets Forstwirtschaft) macht deutlich, dass vor fünf bis sechs Jahren eine Aufforstungskonzeption entwickelt worden sei. Jährlich werden drei bis fünf Hektar Wald aufgeforstet.

Oberbürgermeister Gönner bemerkt, das Thema werde im Rahmen des jährlichen Berichts über den Wald behandelt.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) fordert die Verwaltung auf, hier nicht zu kleckern, sondern zu klotzen.

Produktgruppe 5750-130 Fremdenverkehr

Stadträtin Kühne (SPD) ist der Ansicht, dass der Schwörmontag ein Reizthema sei. Oberbürgermeister Gönner bringt zum Thema "Schwörmontag" Folgendes vor:

1. Im Aufsichtsrat der Ulm-Messe soll das Thema "Sonntag und Montag" angesprochen werden.
2. Im Nachgang zum Schwörmontag werde der Ablauf immer wieder analysiert.
3. Die Regionale Planungsgruppe Stadtmitte-Ost befasse sich mit dem Thema "Der andere Schwörmontag".

Klar müsse sein, dass der Schwörmontag eine Veranstaltung für Jung und Alt sei und es verschiedene Fassetten der Fröhlichkeit gebe. Der Gemeinderat dürfe hier keine Vorschriften machen. Was die Verwaltung mache, sei die Angebote am Schwörmontag strengeren Auflagen zu unterwerfen (Müll, Lautstärke, Angebote usw.).

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) berichtet vom Anliegen der Regionalen Planungsgruppe: Der Schwörmontag soll weiterhin von den Ulmern als Festtag erlebt werden. Sie bittet, im Jugendparlament über die Vorstellungen der Jugendlichen zum Schwörmontag zu reden.

Oberbürgermeister Gönner entgegnet, hierzu müsse er nur seine Kinder fragen. Als das Stadthaus gebaut worden sei, habe man gesagt, dass man am Schwörmontag auf dem Münsterplatz feiern lasse und zwar für jeden zugänglich (ohne Eintritt). Geärgert habe ihn die Veränderung in Richtung Techno und die Lautstärke.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) ergänzt, momentan heiße es "Flüchtest Du auch in die Au?". Es dürfe keine Gettoisierung der Innenstadt geben. Entsprechend müsse die Genehmigungs-politik sein.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) ist ebenfalls der Ansicht, dass Auswüchse, z.B. in Richtung Lärm eingedämmt werden sollen. Leute hätten unterschiedliche Vorstellungen vom Schwörmontag. In der Au seien eher die Älteren, in der Stadt die Jüngeren. Am Schwör-montag seien alle in Ulm willkommen.

Der Leiter der Bürgerdienste, Herr Häußler, bemerkt Folgendes:

Im Juli sei zusammen mit der Polizei im Hauptausschuss über das Thema "Sicherheit" be-richtet worden. Im Februar soll die Diskussion im Gemeinderat fortgesetzt werden. Dort soll der Veranstaltungsplan 2012 vorgestellt werden. Derzeit ziehe man mit den Gastronomen und der City-Werbegemeinschaft ein Resümee über den Schwörmontag. Anfang nächsten Jahres sollen auch Vertreter der Fraktionen dazustoßen. Wenn man zusätzliche Auflagen mache, müssen diese auch kontrolliert werden. Deshalb werde er zusätzliches KOD-Personal beantragen.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt und das Zuschussverzeichnis des Oberbürgermeis-ters werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

II. Bereich Zentrale Steuerung

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt, Beteiligungsbericht

Produktgruppe 1112-210 Finanzen und Beteiligungsverwaltung

Stadträtin Kühne (SPD) bemerkt, sie sei schon neugierig auf die Eröffnungsbilanz. Sie bittet, den Gemeinderat im Vorfeld zu informieren. Die Bewertung des Vermögens sei entschei-dend.

Erster Bürgermeister Czisch sagt einen Schulungstermin für den Gemeinderat zu.

Auch Oberbürgermeister Gönner unterstreicht die Bedeutung der Eröffnungsbilanz.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) geht davon aus, dass das Vermögen konservativ/vertretbar bewertet werde.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) macht folgende Bemerkungen:

1. Die städtischen Gesellschaften seien genauso wichtig wie der Hoheitshaushalt. Er schlägt vor, die Zielvereinbarungen künftig zusammen mit dem Haushalt zu beraten. Dadurch hätte man die komplette Übersicht und könnte die Anliegen gleich bei der richtigen Stelle vorbringen.
2. Er schlägt ferner vor, dass sich die Bürger elektronisch als registrierte Nutzer registrieren lassen können, wenn es um Abrechnungen geht. Die Zahlung solle dann automatisch eingezogen werden (Arbeitserleichterung bei der Stadtkasse).

Erster Bürgermeister Czisch stellt klar, dass die Ulmer Wohnungs- und Siedlungs GmbH (UWS) so mit den Lieferanten verfare. Die Idee sei im Prinzip gut, technisch jedoch schwer umsetzbar.

Zum Beteiligungsbericht: Die Frage sei, wie der Gemeinderat damit umgehen wolle. Den Vorschlag, die Zielvereinbarungen aller Gesellschaften bei den Haushaltsplanberatungen abzuarbeiten, sei im Prinzip gut, aber es werde ein Zeitproblem geben. Der Verwaltung sei es wichtig gewesen, den Beteiligungsbericht bei den Haushaltsplanberatungen auf den Tisch zu legen. Bei den Haushaltsplanberatungen sollte man sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Oberbürgermeister Gönner lobt das bisherige System, das sich wunderbar eingespielt habe. Eine zweite Diskussion über die Zielvereinbarungen bei den Haushaltsplanberatungen hält er für doppelte Arbeit. Er zeigt ganz praktisch auf, welche Ziele mit den einzelnen Gesellschaften vereinbart werden. Ihm sei unklar, was über das Bisherige hinaus strategisch noch gemacht werden soll.

Erster Bürgermeister Czisch bemerkt, die roten Seiten seien die Zusammenfassung der Zielvereinbarungen des Gemeinderats. Neu sei, den Beteiligungsbericht bei den Haushaltsplanberatungen vorzulegen. Was darüber hinausgehe, überfordere die Haushaltsplanberatungen. Das solle man in normalen Hauptausschusssitzungen machen.

Stadträtin Kühne (SPD) spricht in diesem Zusammenhang nochmals die Eröffnungsbilanz an.

Erster Bürgermeister Czisch bemerkt, es werde eine Konzernbilanz vorgelegt werden. Dann werde man sich mit dem Haushalt konkret befassen und könne einzelne Probleme herausgreifen.

Oberbürgermeister Gönner weist darauf hin, dass man nun das ganze Jahr über Haushaltsplanberatungen mache. Dasselbe gelte für die Gesellschaften. Er erläutert das Verhältnis der Konzernmutter zu ihren Töchtern. Das jetzige Vorgehen sei besser als das frühere.

Produktgruppe 11XX-240 EDV-Steuerung, EDV-Service

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) spricht das Thema "E-Government" an. Sie berichtet über die Münchner Offensive "MOGDy (Munich Open Government Day)". Das Ratsinformationssystem sei gut. Die Partizipation sei noch ausbaufähig. In München sei ein Voting-System eingeführt worden. Bei einem bestimmten Quorum gebe es einen Anspruch auf Stadtratsbefassung. In die Richtung könnte man auch in Ulm gehen.

Sie weist auf den Antrag der GRÜNEN zum Thema "Stadtklima, Klimatope in Ulm" hin, der noch nicht beantwortet sei.

Stadtrat Eichhorn (FWG) fragt in diesem Zusammenhang nach der Broschüre der Stadt zum Thema "Geld", die auch im Internet publik gemacht worden sei.

Erster Bürgermeister Czisch stellt fest, dass "Open Data" ein großes Thema sei. Es habe jedoch nicht das Potential, wie man es ursprünglich geglaubt habe. In Baden-Württemberg fehle im Gegensatz zu anderen Bundesländern die rechtliche Grundlage hierfür.

Beim Thema "Portale" habe sich die Verwaltung Schritte überlegt. Beim Donauportal werde es im Kleinen ausprobiert. Allerdings brauche man für ein lebendiges Portal Personal (Internetredaktion).

Als Zwischenschritt sei wichtig, dass der Gemeinderat sich überlege, wie er mit dem Ergebnis des E-Votings umgehe. Nun sammle man erste Erfahrungen und werde im Herbst darüber im Gemeinderat diskutieren. Auch sammle man im Bereich Straßenbahnausbau und City-Bahnhof erste Erfahrungen hierzu. Zunächst müsse man die technischen Voraussetzungen schaffen und Erfahrungen sammeln. Hier stehe Ulm im Vergleich zu anderen Städten gut da.

Das Geodatenmanagement sei eine Basisinfrastruktur. Der Antrag der GRÜNEN werde beantwortet. Die Open Data-Frage könne in der IT-Arbeitsgruppe besprochen werden. Beim E-Government gehe es darum, Bürgerdienste über das Internet verfügbar zu machen.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) dankt der Verwaltung, dass sie hier pilotmäßig voranschreite. Dankbar sei er ferner, dass man z.B. mit dem Mängelmelder einen Versuch starte. Die Frage laute, ob sich die Investition lohne. Die Beteiligung der Bürger beim City-Bahnhof sei sinnvoll. Die Frage laute, welche kritische Masse über eine Initiative im Internet unterlegt sei, dass sie aufgegriffen werde (Quorum).

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Zentralen Steuerung werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Beteiligungsbericht (GD 907/11) wird zur

Kenntnis

genommen.

III. Bereich Zentrale Dienste

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt

Produktgruppe 1126-330 Zentrale Dienste - Beschaffung

Stadtrat Joukov (GRÜNE) bemerkt, es habe Vorstöße gegeben, dass man die Beschaffung an bestimmten Kriterien (ökologisch, sozial) ausrichte. Hierzu habe es an der Volkshochschule ein Seminar gegeben. Es gebe die Möglichkeit, selber Kriterien bei den Ausschreibungen hineinzuschreiben. Zum Beispiel, wäre es bei einem Bauauftrag gut, wenn die Rohstoffe aus der Nähe kämen. Deshalb sollte man bei der Beschaffungsstelle den Personalansatz erhöhen oder einen einmaligen Betrag einstellen. Damit sollen Kriterien für die Beschaffung bei der Stadt Ulm erstellt werden.

Er bittet zu prüfen, welchen Personalaufwand für die Bestimmung der Kriterien nötig sei oder ob man das nach außen gebe. Herr Professor Dr. Müller (Universität Ulm) sei an dem Thema dran. Hierzu gebe es eine Bachelorarbeit. Der Gesetzgeber habe das Recht eingeräumt, Kriterien sozialer oder ökologischer Art festzulegen.

Stadtrat Böck (FWG) hält den Ansatz für richtig, aber man sollte damit vorsichtig sein, missionarisch tätig zu werden.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) hält es im Prinzip für richtig, sich darüber Gedanken zu machen. Er fragt, ob man einen Oberbeauftragten für die Beschaffung ernennen soll. Er gehe davon aus, dass diejenigen, die ausschreiben, über Fachkenntnisse verfügen.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) geht davon aus, dass es z.B. vom Deutschen Städtetag entsprechende Richtlinien gebe. Man müsse die Welt nicht neu erfinden.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) entgegnet, dass er bei den Ausschreibungen im Amtsblatt keine entsprechenden Hinweise entdeckt habe.

Die Leiterin der Zentralen Dienste, Frau Gauß, berichtet, auch sie habe an der Attac-Veranstaltung bei der Volkshochschule teilgenommen. Sie verweist auf die Dienstanweisung aus dem Jahr 2005. Für die Beschaffungsstelle gelte die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL). Die Kriterien werden z.B. im Energiebereich schon angewandt. Dieses Jahr habe es eine Fortbildung zum Thema "Faire Beschaffung" gegeben. Mit Herrn Professor Dr. Müller (Universität Ulm) habe man zusammengearbeitet. Viele vorgeschlagene Dinge seien bereits verankert. Es werde eine zentrale Vergabestelle VOL bei der Beschaffungsstelle eingerichtet.

Oberbürgermeister Gönner legt Wert darauf, dass man das Neueste und juristisch Tragfähigste in die Ausschreibungen reinschreibt. Bei Änderungen der Ausschreibungskriterien werde eine entsprechende Dienstverfügung erstellt. Wichtig sei es, diese Erkenntnis einfließen zu lassen.

Der Leiter der Hauptabteilung Gebäudemanagement, Herr Michnick, ergänzt, das betreffe auch alle Beschaffungen beim Gebäudemanagement. Bürgermeister Wetzig sei es wichtig,

das Thema "Nachhaltigkeit" anzugehen. Die Verwaltung werde sich künftig intensiv um dieses Thema kümmern.

Oberbürgermeister Gönner bemerkt, vor allem die Bereiche Gebäudemanagement und Zentrale Dienste beschaffen für die Stadt. Man sei in Kontakt mit Herrn Professor Dr. Müller. Die Zentralen Dienste schichten in diesem Bereich stellenmäßig um. In punkto Fortschreibung der Ausschreibungsbedingungen sei man mit den anderen Städten in Kontakt.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) fragt, ob es bei Ausschreibungen möglich wäre, optional auszuschreiben, um herauszufinden, was das Beste wäre.

Herr Michnick entgegnet, dass die Stadt schlecht alternativ ausschreiben könne.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Zentralen Dienste werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen:

IV. Bürgerdienste

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Produktgruppe 1220-410 Sicherheit, Ordnung, Gewerbe

Stadträtin Kühne (SPD) ist der Ansicht, dass das Thema "Kommunaler Ordnungsdienst (KOD)" ein Reizthema sei. Der KOD werde mittlerweile von allen unterstützt.

Oberbürgermeister Gönner bemerkt, in der Februar-Sitzung 2012 des Gemeinderats habe man vor, das Thema "Sicherheit in Ulm" zu behandeln. Das wolle man auch in den nächsten Jahren tun. Hier könne auch das Thema "Kommunaler Ordnungsdienst" angesprochen werden. Momentan habe man zwei Personen beim KOD. Das werde aufgestockt werden.
Produktgruppe 1221-420 Verkehr und Bußgeld

Stadtrat Joukov (GRÜNE) beantragt, dass zusätzliche Geräte zur Geschwindigkeitsüberwachung beschafft werden sollen.

Erster Bürgermeister Czisch stellt heraus, es gehe hier in erster Linie um die Verkehrssicherheit.

Oberbürgermeister Gönner folgert, dann sei man wieder beim Thema "Sattlergasse". Man kontrolliere ohne Wegelagererei zu betreiben.

Der Leiter der Bürgerdienste, Herr Häußler, bemerkt, man werde mehr tun müssen, wenn verstärkt das Thema "Tempo 30" bei Nacht kommt. Mehr Kontrolle bedeute mehr Personal.

Erster Bürgermeister Czisch stellt heraus, dass die räumliche Beengung der Engpass sei.

Stadtrat Ried (FWG) fragt nach der Kontrolle von Lastwagen auf der B 10.

Herr Häußler folgert, es sei das selektive Durchfahrtsverbot für Lkws auf der B 10 angesprochen worden. Für den fließenden Verkehr sei die Polizei zuständig.

Oberbürgermeister Gönner stellt heraus, dass es sich bei 95 % des Verkehrs um Quell- und Zielverkehr handle.

Bürgermeister Wetzig berichtet über einen Termin bei Verkehrsminister Hermann. Kontrollen seien gemacht worden. Unter 10 % des Verkehrs seien unerlaubt dort unterwegs.

Stadtrat Ried (FWG) betont, dass bei zig tausenden Fahrzeugen jedes einzelne zu viel sei. Den Bericht des Verkehrsministeriums hätte er gerne schriftlich.

Oberbürgermeister Gönner betont, die Kontrolle des fließenden Verkehrs sei Aufgabe der Polizei.

Er schlägt vor, dass Stadtrat Joukov über seinen Landtagsabgeordneten eine kleine Anfrage hierzu beim Verkehrsministerium starten könne.

Für Stadtrat Joukov (GRÜNE) ist das selektive Durchfahrtsverbot ein schwaches Trostpflaster, das sich in Ulm/Neu-Ulm kaum realisieren lasse. Er schlägt vor, die B 10 mit einer City-Maut zu belegen.

Bürgermeister Wetzig berichtet, dass es eine Initiative zur City-Maut gebe. Die Stadt sei beim Land vorstellig geworden.

In den nächsten Jahren werde man auf der B 10, Autobhahausfahrt Ulm-West, Tempo 70 und im Stadtgebiet Tempo 50 bekommen. Einhergehen dazu werden verkehrsdämpfende Maßnahmen.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt und das Zuschussverzeichnis der Bürgerdienste werden den Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

V. Allgemeine Finanzmittel

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt

Stadtrat Joukov (GRÜNE) regt an, die Konzessionsabgaben ebenso wie die Gebühren regelmäßig anzupassen.

Erster Bürgermeister Czisch entgegnet, dass sich die Konzessionsabgaben nach bestimmten Bemessungsgrundlagen bemessen. Hier gebe es kein Satzungsrecht der Kommune.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) gibt seine Freude über die Vergnügungssteuer zu Protokoll.

Auf die Frage von Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) legt Erster Bürgermeister Czisch dar, dass bei der Fernwärme zwei Dinge eine Rolle spielen: Der Ausbau und das Zustandekommen der Konzessionsabgabe. Die Konzessionsabgaben sinken seit 15 Jahren. Falls sich etwas

nach oben verändere, werde es korrigiert werden.

Auf die Frage von Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) erläutern Erster Bürgermeister Czisch und Herr Eh im weiteren Verlauf der Beratungen den Ansatz bei der Grunderwerbssteuer. So große Ausschläge hängen in der Regel mit großen Grundstücksverkäufen zusammen.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Allgemeinen Finanzmittel werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

VI. Gesamthaushalt

Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, Personalaufwendungen einschließlich Stellenplan

Das Wort hierzu wird seitens der anwesenden Gemeinderäte nicht ergriffen.

Der Gesamthaushalt (Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, Personalaufwendungen einschließlich Stellenplan) werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

VII. weitergehende Anträge aus den Fachbereichsberatungen

Hier stellt Oberbürgermeister Gönner zunächst fest, dass keine weitergehenden Anträge aus den Fachbereichsberatungen vorliegen.

Im weiteren Verlauf der heutigen Beratungen spricht Stadtrat Dr. Kienle (CDU) den Antrag seiner Fraktion vom 28. November 2011 (Nr. 219) an.

Oberbürgermeister Gönner erklärt, dieser werde bis zur Gemeinderatssitzung geprüft.

Erster Bürgermeister Czisch ergänzt, es werde eine gemeinsame Sitzung des Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales und des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt geben.

Auf die Frage von Stadträtin Münch (CDU) macht Oberbürgermeister Gönner klar, dass zunächst das Budget des Fachbereichs unverändert bleibe.

Der Leiter der Hauptabteilung Gebäudemanagement, Herr Michnick, weist darauf hin, dass die Firma Rimex die Kosten ermitteln müsse. Die Hausmeister im Rahmen von Werkverträgen zusätzlich zu beauftragen, sei nicht möglich.

Oberbürgermeister Gönner bemerkt, die Verwaltung werde klären, welche Alternative schnell möglich sei. Die Rechnung gehe an den Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) bemerkt, der Antrag sei bereits am 8. November 2011 gestellt worden.

Oberbürgermeister Gönner entgegnet, gestern sei beschlossen worden, die Kosten für eine Intervall-Erhöhung einzuholen. Er erläutert das übliche Prozedere. Es soll ein regelmäßiger Standard eingeführt werden.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) rät zu entspannen. Wenn der Wille da sei, werde die entsprechende Vorarbeit von der Verwaltung geleistet werden.

Erster Bürgermeister Czisch stellt klar, es würde sich um eine überplanmäßige Ausgabe handeln. Dann gebe es einen Nachtrag, der Knackpunkt sei jedoch der Finanzierungsvorschlag.

Oberbürgermeister Gönner legt Wert auf ein sauberes Verfahren. Der Wunsch müsse bezahlt werden.

Stadträtin Malischewski (FWG) bringt vor, dass es auch Sonderfaktoren gebe.

Für Stadträtin Münch (CDU) ist klar, dass der Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales den Betrag nicht aus der Portokasse bezahlen könne. Wichtig sei eine schnelle Reaktion für diesen Winter.

Erster Bürgermeister Czisch entgegnet, dass es für eine schnelle Reaktion keinen sachlichen Grund gebe. Wichtig sei ein sauberes Verfahren. Nicht gerechtfertigt sei ein vorsorglicher Sonderfaktor.

Stadtrat Eichhorn (FWG) stellt fest, das höre sich so an, als ob die Sache bereits beschlossen sei. Für die Schulen habe man 150 Mio. € ausgegeben.

Erster Bürgermeister Czisch betont, man gehe nach dem vereinbarten Verfahren vor. Im Nachhinein könne man keine Reserveposition beschließen.

Stadträtin Münch (CDU) unterstreicht, dass die Anträge bereits Mitte September aufgelaufen seien.

Der Leiter der Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung, Herr Eh, versichert, dass - sollte der Gemeinderat den Beschluss fassen - die Sache finanztechnisch im Nachtrag 2012 verarbeitet werde.

Ergebnis

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig die Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2012 (GD 901/11) in der Fassung der Änderungsliste (GD 904/11) und den Stellenplan nach der GD 901/11 in der Fassung der GD 906/11 zur Beschlussfassung.

Weiter wird vom Hauptausschuss dem Gemeinderat ohne förmliche Abstimmung empfohlen, der Verwaltung folgende Ermächtigung zu erteilen:

- a) Im Rahmen der Kreditermächtigung der Haushaltssatzung 2012 Kredite zu den jeweils günstigen Konditionen aufzunehmen.

- b) Für Kredite, bei denen im Haushaltsjahr 2012 die Zinsbindungsfristen enden, neue Zinsvereinbarungen zu den jeweils günstigen Konditionen abzuschließen oder diese Kredite umzuschulden, falls neue Zinsvereinbarungen nicht zustande kommen.
- c) Kredite, deren Zinskonditionen der Kapitalmarktlage nicht entsprechen zu kündigen und zu den jeweils günstigsten Konditionen umzuschulden.

OB, BM 1 (2), BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, ZD, BD (Maier), OB/B, LI (3), ZS/P, GPR, ZS/F, RPA, 902/07

Niederschrift über die Verhandlung
des Hauptausschusses
des Gemeinderats
vom 30. November 2011

öffentlich

§ 377

Vorberatung des Entwurfs der Mittelfristigen Finanzplanung 2011 bis 2015

Den Mitgliedern des Gemeinderats wurde zur Beratung der Entwurf der Finanzplanung 2011 bis 2015 als GD 902/11 übersandt (Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 16. November 2011, § 75)

Das Wort hierzu wird seitens der anwesenden Stadträte nicht ergriffen.

Ohne Diskussion wird einstimmig

beschlossen.

beim Gemeinderat zu beantragen:

Dem Entwurf der Finanzplanung 2011 bis 2015 zuzustimmen.

OB, BM 1 (2), BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, ZD, BD (Maier), OB/B, ZS/F, RPA, 902/0